

Geschadet hat der Arbeiterbewegung auf dem Lande nichts mehr als der kommunistische Phrasendrusch. Während unseres Lohnkampfes in Ostpreußen ist die Streifbewegung in den Bezirken zurückgegangen, wo die Kommunisten Einfluß hatten; die weiter nichts konnten, als gegen den deutschen Landarbeitervereinband und die Sozialdemokratische Partei zu gehen. Die kommunistische Welle auf dem Lande halte ich für überwunden, weil der Landarbeiter, der an die Scholle gefesselt ist, ruhige, planmäßige und sachliche Arbeit in den Verbänden und den Parteien haben will. Die Saat fünfzehnjähriger organisatorischer Tätigkeit wird auch auf dem Lande ihre guten Früchte in Zukunft tragen. Es müssen sich aber mehr Genossen und Genossinnen zu Versammlungen auf dem flachen Lande zur Verfügung stellen. Meiner Ansicht befriedigt keine Tätigkeit mehr als die unter den breiten Massen der Landbevölkerung. In Dutzenden von Kreisen Deutschlands aber hat es daran gefehlt, während Städte und Industriebezirke mit Versammlungen überschwemmt wurden. Gerade auf dem Lande aber bleibt das gesprochene Wort nach meinen Erfahrungen fester haften als in den Städten. (Sehr richtig!) Helfen Sie uns, das Land zu gewinnen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender Wels: Wir haben die Freude, heute in unserer Mitte die Genossin Adelsheid Popp zu begrüßen, die die Wünsche der österreichischen Bruderorganisation überbringt.

Adelsheid Popp-Wien: Wir haben es schmerzlich empfunden, am Eröffnungstage Ihres Parteitags nicht anwesend sein zu können. Das Gefühl hat uns aber keine Ruhe gelassen, wie unbrüderlich und unsolidarisch dies auf Sie wirken könnte, daß niemand Zeit hätte, Ihnen persönlich ein paar freundliche Worte zu sagen, so daß der Parteivorstand, sobald die Hindernisse einer Reise, die in der Teilnahme an den politischen Arbeiten, z. B. am Zolltarif, an wichtigen Gemeindeangelegenheiten Wiens und der politischen Situation überhaupt lagen, beboben waren, mich beauftragte, Ihnen zu sagen, daß die Sozialdemokratische Partei Oesterreichs nach wie vor mit den Gefühlen der herzlichsten Sympathie zu Ihnen steht und keinen heißeren Wunsch hegt, als daß dieser Parteitag einen Schritt vorwärts bedeute, daß die Vereinigte Partei Deutschlands die wahre Erbin der starken, großen, kampfs- und siegesproben alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands werden möge. (Bravo!) Die Sozialdemokratie, die Arbeiterklasse eines Landes mag noch so stark sein, mag 90 und mehr Prozent der Arbeiterschaft und neben den Männern einen großen Teil der arbeitenden Frauen und Mädchen in ihren Organisationen vereinigen, sie wird doch nicht ihr Ziel erreichen können, kaum umstände sein, das Errungene für die Arbeiterschaft festzuhalten, wenn in andern Ländern die Arbeiterschaft nicht ebenfalls stark, groß und mächtig ist. (Sehr richtig!) Keine Partei eines Landes wird ihr Ziel erreichen, wenn sie nicht mit den Sozialdemokratischen Parteien der Arbeiterschaft aller Länder zusammengeht. In diesem großen Ringen in dem so klein gewordenen Oesterreich wird unsere mit Begeisterung getane Arbeit viel zielfähiger wirken, wenn die deutsche Sozialdemokratie wieder einig und unüberwundlich dasteht. Wir werden alle unsere Gegner im eigenen Lande leichter überwinden und die Anschläge der reaktionären Mächte um so sicherer überwinden, je stärker Sie sind. Wir sind bereit, allen Bestrebungen der reaktionären Kreise mit dem Opfermut und der Begeisterung der österreichischen Arbeiter und Arbeiterinnen entgegenwirken. (Bravo!) Darum freuen wir uns doppelt, aus Ihren Berichten zu vernahmen, daß die Vereinigte Sozialdemokratie Deutschlands im Aufmarsch und Vormarsch ist. Wir beglückwünschen Sie dazu und versichern Sie unserer Sympathie in jedem Augenblick. In Ihren Bedrängungen und Nöten waren wir mit unseren Herzen und oftmals mit unsern Tränen bei Ihnen und wollen auch mit Ihnen den Aufstieg und Fortschritt zum

endlichen Ziel dessen teilen, was wir alle wünschen und erhoffen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender Wels: Der Parteitag hat durch seinen Beifall seinen Dank für die freundlichen Begrüßungsworte schon erstattet. Als die Parteioorganisation in schwerster Not in der Inflation sich befand, hat die österreichische Partei, die selbst noch schwerer unter der Inflation litt, im Verhältnis zu den übrigen Ländern die deutsche Sozialdemokratie am wirksamsten unterstützt. (Bravo!) Das werden wir niemals vergessen. (Bravo! und Händeklatschen.)

6. Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie.

Dr. Hilferding-Berlin (Berichterstatter): Wenige Tage trennen uns von dem Zeitpunkt, an dem sich das erste Jahrzehnt seit Kriegsausbruch erfüllt. Dies legt uns die Beantwortung der Frage nahe: wie stehen wir nach Ablauf dieses Dezenniums, wie hat sich die Welt seitdem geändert? Der Versuch, jetzt schon gewisse Schlüsse zu ziehen, ist schwierig. Ich bin mir der Unzulänglichkeit der Böjung sicher bewußt, trotzdem müssen wir zu einer allgemeinen Orientierung zu kommen suchen.

Wie stehen die Dinge ökonomisch? Durch den Krieg und die Revolution ist der Kapitalismus nirgends entournzelt worden, am wenigsten in Rußland. Doch sind durch Krieg und Nachkriegszeit die Konzentrationstendenzen des Kapitalismus ungemein gesteigert worden. In der Weltwirtschaft befinden sich alle großen Kraftquellen der Industrie, Petroleum, Kohle, Elektrizität, alle wichtigen industriellen Rohstoffe, Eisen, die anderen Metalle in den Händen und unter der Kontrolle weniger monopolistischer Vereinigungen. Die bearbeitenden Industrien haben sich entweder diesen großen Monopolen angegliedert und sind, wie früher das Handwerk, kapitalhörig, so jetzt monopolhörig geworden, oder diese Fertigungsindustrien haben sich zu monopolistischen Gebilden zusammenschließen müssen, die mit den Rohstoffmonopolen Vereinbarungen zum Aufbau der riesigen vertikalen Konzerne treffen, die heute in den wichtigsten kapitalistischen Ländern die Volkswirtschaft beherrschen. Die Verbindung der Großbanken oder großer Finanzinstitute mit den Beherrschern der industriellen Monopole ist weiter fortgeschritten. Die gesamte Wirtschaftsmacht ist so in den Händen einer kleinen Schicht konzentriert.

Krieg und Nachkriegszeit haben andererseits das Proletariat, die gesamte Arbeiterschaft ungeheuer aufgerüttelt. In allen Ländern hat sich die Arbeiterschaft ebenfalls zu großen Organisationen zusammengeschlossen, Teile von ihr, die vor dem Krieg der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung fern standen — wie Angestellte und Beamte —, sind in diese Gesamtbewegung eingereicht worden. Die Inflation hat das Renteneinkommen vermindert oder vernichtet, große Teile des Mittelstandes expropriert und pauperisiert. Die industrielle Konzentration war zugleich von einer außerordentlichen Vermögenskonzentration begleitet.

Wir sehen die ganze kapitalistische Gesellschaft von dem Kampf dieser Organisationen erfüllt in gesteigerten Gegensätzen, gesteigertem Antagonismus. Die Gesellschaft ist vor die Frage gestellt, wie sie diese privaten Monopole, die Wirtschaft und Staat zu beherrschen streben, in den Gesellschaftsrahmen, in die staatliche Organisation einordnen kann. Das Instrument für diese Einordnung sind die großen Organisationen der Arbeiterschaft, die damit nicht nur das beschränkte Klasseninteresse der Arbeiterschaft vertreten, sondern das Gesellschaftsinteresse, das Interesse der gesellschaftlichen Freiheit; diese fordert, daß sich die Gesamtheit nicht von einer kleinen Anzahl wirtschaftlicher Interessenten unterjochen lassen darf. Der Sozialismus ist heute längst nicht mehr die Frage der Armut und des Elends (Sehr richtig!), kein Kampf der Beladenen

und Mühseligen gegen Reiche und Glückliche. Sozialismus ist der Kampf großer organisatorischer Gewalten, und in diesem Kampf muß infolge der kapitalistischen Entwicklung selbst die Macht der Arbeitnehmerorganisationen, derer, die das gesellschaftliche Interesse der Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung gegenüber der Unterjochung durch die Interessenten vertreten, immerfort wachsen.

So steht nach dem Krieg und der Revolution der Sozialismus als Tagesfrage der Politik auf der Tagesordnung dieser Gesellschaft, mag sie es anerkennen oder nicht. Es ist merkwürdig, daß gerade in der Zeit, in der sich die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung, wie sie Marx aufgedeckt hat, vollenden, wo das Konzentrationsgesetz sichtlich Wirklichkeit geworden ist, wiederum eine neue Welle des Hasses und des Unverständes dem Marxismus entgegen schlägt. Der Marxismus ist seinerzeit in Deutschland wissenschaftlich „widerlegt“, er ist immer wieder totgesagt worden; jetzt versucht man, ihn totzuschimpfen. Dieser Kampf wird von allen denen geführt, die vom Marxismus aus dem sehr triftigen Grunde nichts wissen wollen, weil sie von ihm nichts wissen. Noch nie hat sich das Wort so bemüht, daß die Geschichte die beste Marxistin ist. Wäch erinnern die Leute, die jetzt so laut gegen den Marxismus losdonnern, an jene Person bei Motière, die mit großem Erstaunen erfährt, daß sie ihr ganzes Leben lang — Prosa gesprochen hat. Die Leute, die auf den Marxismus schimpfen, wissen gar nicht, wie oft sie marxistisch reden und, soweit sie es überhaupt können, marxistisch denken müssen, nicht weil sie den Marxismus studiert haben, sondern weil die tatsächliche Entwicklung jene Voraussetzungen wahr gemacht hat, die Marx im „Kapital“ als notwendige Resultate der kapitalistischen Dekonomie aufgezeigt hat.

Was ist Marxismus? Marxismus ist nichts anderes als das Aufdecken der Bewegungsgeetze der menschlichen Gesellschaft in der materialistischen Geschichtsauffassung. Die, die heute der Sozialdemokratie vorwerfen, daß sie zum Klassenkampf aufreize, haben noch nicht die Anfangsgründe des Marxismus begriffen. Im Kommunistischen Manifest heißt es: Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freie und Sklaven, Patrizier und Plebejer, Bauern und Leibeigene, kurz Unterdrückter und Unterdrückte führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf. Sie sehen also: schon die römischen Plebejer waren „Marxisten“, denn sie führten Klassenkämpfe!

Ich möchte hier denen, die immer wieder davon sprechen, daß die Partei am „unverfälschten Klassenkampf“, am „marxistischen“ Klassenkampf festhalten soll, zu bedenken geben, daß wir in einer Zeit leben, in der die Klassengegenstände so scharf sind und so offen zu Tage treten wie kaum je zuvor. Deshalb ist es wirklich überflüssig, einem Sozialdemokraten beständig vorzuhalten, er führe den Klassenkampf nicht „richtig“ genug. Es handelt sich nur darum, daß wir den Klassenkampf so führen, daß der größte Erfolg erzielt wird. Das sind Fragen der Taktik, die jeweils zu entscheiden sind, aber prinzipiell ist die Partei in ihrer Auffassung geschlossen und muß es sein. Denn wenn jemand sich einbilden sollte, er brauche keinen Klassenkampf zu führen, so würde der Kampf unserer Schwerindustrie und unserer Großgrazier ihn zwingen, den Klassenkampf zu führen. Die Führung von Klassenkämpfen ist eine ganz elementare Tatsache der Geschichte, unabhängig vom Willen und den Auffassungen der einzelnen. Der Marxismus hat natürlich nicht erst die Klassenkämpfe geschaffen und veranlaßt, sondern sie nur in ihrer grundlegenden Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung verstehen gelehrt. Die Vorstellung namentlich, daß das Proletariat oder die Sozialdemokratie den Klassenkampf vergessen, den „Boden des Klassenkampfes“ verlassen könne, wie jetzt die Stieblingsphrase mancher „Oppositioneller“ lautet, ist schlechthin kindisch und vor allem ganz und gar unmarxistisch. Sie wollen vielleicht der Befürchtung Ausdruck geben, das Bewußtsein des Klassen-

gegenfases könnte verdunkelt werden oder verloren gehen. Aber wie gefühllos ist diese Befürchtung gerade in der gegenwärtigen Periode!

Wir alle bewundern den Aufstieg der englischen Arbeiterklasse und wissen, daß er im wesentlichen das Werk der englischen unabhängigen Arbeiterpartei ist. Sie war gegründet von Keir Hardby, dessen Sozialismus man am ehesten als religiösen ansprechen kann. Sie war geführt von Macdonald, der sich immer dagegen gewehrt hat, ein Marxist und Vertreter des Klassenkampfes zu sein. Und doch! Es gibt keine Gruppe, die den Klassenkampf energischer und erfolgreicher geführt hat als die unabhängige Arbeiterpartei Englands. Ihr Werk war es, das zu tun, was für uns die Quintessenz unseres politischen Handelns von jeher gewesen ist, die Arbeiter loszulösen aus der politischen und ideologischen Gefolgschaft des Bürgertums, die Arbeiterklasse als politische Partei zu konstituieren, die für die Gegenwartsinteressen der Arbeiterklasse kämpft, um in und durch diese Kämpfe das sozialistische Endziel, die klassenlose Gesellschaft zu verwirklichen. Dabei war es nicht das Entscheidende, daß sie sich dabei bemüht war, daß sie den „unverfälschten“ Klassenkampf führte. Im Gegensatz dazu haben wir in England eine Gruppe gehabt, die Sozialdemokratische Föderation Hyndmans, die behauptet hat, entgegen der unabhängigen Arbeiterpartei, entgegen ihren religiösen oder rein humanitären Ideologien den wirklichen Standpunkt des Marxismus unverfälscht zu vertreten. Die Sozialdemokratische Föderation hat in England nie politische Bedeutung erringen können, weil sie das Wesentliche nicht verstanden hat: immer im Zusammenhang mit der lebendigen Arbeiterbewegung bleiben, immer bei den Massen bleiben. Das grenzt uns auch von den Strömungen ab, die mitunter auftauchen und meinen, wir müßten immer in der Regierung sein. Oberstes Prinzip unserer Taktik muß bleiben, den Massen nicht mehr zugunsten, als sie verstehen können. Aber das bedeutet auch andererseits, den Massen begrifflich zu machen, was die politische Situation zu jeder Zeit erfordert. (Lebhafter Beifall.)

Jedes politische Problem ist ungeheuer kompliziert. Ich erinnere mich an manche Unterredungen mit Viktor Adler über politische Probleme, wie sorgsam er jedes Problem erwog, wie er es gleichsam von allen Seiten abtastete, wie er sich selbst jedes pro und contra der Lösungsmöglichkeiten klarzumachen suchte, und wie aus all den Erwägungen dieses umfassenden und tiefbohrenden politischen Geistes schließlich das Resultat herausprang: die bestimmte Lösung für ein politisches Problem. Ich wünschte, daß unserer Partei der Respekt vor den Schwierigkeiten, politische Aufgaben zu lösen, stärker zum Bewußtsein kommt als in früheren Zeiten, wo wir keine politischen Probleme hatten, sondern nur unsere Weltanschauung zu propagieren, unsere Organisation auszubauen brauchten.

Nachdem eingangs meiner Ausführungen die ökonomische Situation kurz skizziert worden ist, fragen wir nun: wie stehen wir politisch? Da dürfen wir wohl sagen, dieses erste Jahrzehnt des Krieges schließe damit ab, daß die Periode gewalttätiger Zudrungen und Entscheidungen zu Ende geht. Wir mußten damit rechnen, daß der falsche Frieden, der soviet neuen Zündstoff auf der Erde aufgehäuft hatte, zu neuen gewalttätigen Lösungen führen werde; wir wußten auch, daß jede Anwendung von Gewalt in den außenpolitischen Problemen auf die inneren Verhältnisse zurückzuschlagen würde. Wir verkennen nicht, daß auch jetzt noch in der Außenpolitik Europas und der Welt es eine Reihe sehr gefährlicher Probleme gibt, aber wir haben doch den Eindruck, daß diese Probleme mehr an die Peripherie zurückgedrängt sind, daß die allgemeine Er schöpfung nach dem Kriege gewalttätige Auseinandersetzungen verhindert. Alle vorhandenen Gefahren und Konfliktmöglichkeiten sind stark gemindert worden seit dem Aufstieg der englischen Arbeiterklasse zur Macht, seit

dem Regierungsantritt Macdonalds. Denn trotz aller deutschen Romantik, trotz aller bolschewistischen Selbstüberschätzung wird das Schicksal der Welt und namentlich Europas nicht im Osten entschieden, sondern es hängt ab von den großen Entwicklungen im Westen, namentlich von der Entwicklung der Demokratie und des Sozialismus des Westens. (Sehr richtig!)

Die Entwicklung in England ist gekrönt worden durch die Entwicklung in Frankreich, und das macht die Lösung des mitteleuropäischen Problems in einer Richtung möglich, die zugleich die Richtung der Befriedung Europas und der Sicherung dieses Friedens ist. Auch von dieser Stelle aus muß ein Wort über die auswärtige Politik Macdonalds gesagt werden. Diese Politik hat Erfolg gehabt, weil sie die neue Methode darstellt, die Methode des Sozialismus, auswärtige Probleme anzufassen. Sozialisten als Außenminister müssen ehrlich sein, weil sie nicht eine Gewaltpolitik, eine Politik der Ausbeutung der zwischenstaatlichen Machtverhältnisse, sondern eine Friedenspolitik vertreten, die darauf gerichtet ist, die wichtigsten Nationen zusammenzufassen. Deshalb konnte Macdonald wahr machen, was die Inauguraladresse fordert. Er hat „die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, die die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs zwischen den Nationen“ zur Geltung gebracht. Er hat damit das Prestige der englischen Politik wiederhergestellt, das die Koalitions- und die konservative Regierung so sehr gemindert hatten. Er hat damit das Vertrauen der französischen Demokratie gewonnen und so beigetragen zu der Umkehr Frankreichs vom Poincarismus, zum Siege des Sozialismus und der Demokratie in Frankreich.

Der Sieg in Frankreich ist für uns einmal von großer Bedeutung, weil er das Wiedererstarken der französischen sozialistischen Partei zeigt. Auch in Frankreich ist der Höhepunkt des Kommunismus vorüber, auch dort beginnen die Wunden zu heilen, die die bolschewistische Agitation der Arbeiterschaft geschlagen hat. Der Sieg in Frankreich ist zugleich eine außerordentliche Stärkung der sozialistischen Internationale. Wir alle haben es als tief tragisch empfunden, daß damals, als es uns gelungen war, die sozialistische Internationale wieder aufzubauen, es uns gelungen war, mit denen, die der Krieg ferngehalten hatte, wieder zusammen zu sein, diese neue sozialistische Internationale an der Schwäche litt, die die Kraft- und Machtlosigkeit des französischen Sozialismus bedeutete. Erst heute können wir uns mit Genugtuung und Freude dem Gedanken hingeben, daß jetzt die sozialistische Internationale in ganz anderer Weise arbeitsfähig und von politischer Bedeutung ist als vorher. Deswegen ist der Sieg in Frankreich nicht nur für Frankreich und Deutschland, sondern für jedes einzelne Glied der Internationale von so hoher Bedeutung.

Aber die Sozialisten haben nicht allein gesiegt, sondern mit ihnen die französische Demokratie, die französischen progressiven Kräfte. Viele von uns waren von der Größe des Sieges überrascht. Aber ich sehe darin nur eine Warnung: nicht die Ideen und die historische Tradition zu unterschätzen. (Sehr richtig!) Frankreich ist eben eine Republik und es hat das große Glück der Traditionen von 1789, der großen Kämpfe um die Wiederherstellung der Republik; es hat das Glück, jene intellektuelle Schicht zu besitzen, die mit aller Kraft ihres Geistes und mit aller Hingebung ihrer Persönlichkeit für die Idee der Freiheit und republikanischen Gleichheit eintreten. Wir in Deutschland sind nicht in dieser glücklichen Lage. Wir haben die stärkere und besser organisierte Arbeiterschaft; diese ist bei uns die wichtigste und unerschütterliche Trägerin des republikanischen Gedankens. Aber ich hoffe, daß wir auch in Deutschland dazu kommen werden, mehr als bisher eine republikanische Intelligenz zu bekommen, die mit der Arbeiterklasse vereint diesen ganzen Wust von alten historischen konservativen Traditionen wegräumen wird.

* Wir sollten uns in Deutschland den Sieg der französischen Demokratie nicht durch Mißtrauen und Kleingläubigkeit verkleinern lassen. Es ist eins der schlimmsten Resultate des Krieges gewesen, daß dieser Krieg, wo alles nur von den blinden Entscheidungen des Gewaltzufalls abhing, in uns allen den Glauben an die Idee zu sehr erschüttert hat. Ich meine aber, daß die rasche Ueberwindung der französischen imperialistischen Politik und des Militarismus aus dem Innern des französischen Volkes heraus uns das Vertrauen zurückgeben muß, daß die breiten Massen aller Völker sich heute nicht mehr von der Bühne der Geschichte verdrängen lassen, sondern handelnd auf ihr bleiben und ihre Gegner schließlich zu überwinden verstehen. Der Sieg der französischen Demokratie wird die Hoffnung der Verwirklichung näher bringen, die alle großen Geister der französischen und deutschen Demokratie gehabt haben, die Hoffnung auf das Zusammenwirken, die Versöhnung und Solidarität dieser beiden großen Kulturnationen. Was die bürgerliche Demokratie allein nicht konnte, das erwarten wir von dem Zusammenarbeiten der bürgerlichen mit der sozialistischen Demokratie. Marx hat in seiner Kritik der hegelischen Rechtsphilosophie gesagt: Wenn alle inneren Bedingungen erfüllt sind, wird in Deutschland der Auf-erhebungstag verkündet werden durch das Schmettern des gallischen Hahns. Der gallische Hahn hat seinen Ruf ertönen lassen, an uns ist es jetzt, die inneren Bedingungen herzustellen, damit wirklich ein Auf-erhebungstag für Deutschland, für ganz Europa kommen kann. (Bravo!)

Welches sind die inneren Bedingungen? Das Wichtigste ist, es in Deutschland dazu zu bringen, daß wirklich Friedensarbeit geleistet werden kann, daß der Geist des Militarismus, nachdem der Körper zertrümmert ist, endlich überwunden wird. Die wichtigste Vorbedingung dafür ist, daß das Reparationsproblem endlich der Lösung zugeführt wird. Das kann nur durch die Annahme des Gutachtens der Sachverständigen geschehen. Die Sozialdemokratie hat eine nicht nur politisch richtige, sondern auch historisch bedeutsame Tat verrichtet, als sie als erste bedingungslos und ohne Zaudern die Annahme des Gutachtens forderte. Sie hat recht behalten in der Beurteilung der internationalen Situation. Denn die demokratischen und sozialistischen Kräfte aller anderen Nationen treten für die Annahme des Gutachtens ein, weil dies die einzige Möglichkeit ist, zum Frieden zu gelangen. Die Partei hat aber damit auch in der wichtigsten Frage der deutschen und europäischen Politik unbestritten die Führung erlangt. Die Proklamierung der Notwendigkeit der Annahme war von der Ankündigung begleitet, daß die Sozialdemokratie entschlossen ist, für die Annahme zu kämpfen und sie unter Umständen durch einen Volksentscheid durchzusetzen. Ich bin von der Richtigkeit dieser Politik um so mehr überzeugt, je länger ich die Ereignisse seitdem verfolgen konnte. Sie war richtig, weil dieser Beschluß zugleich den Ausweg aus allen parlamentarischen Schwierigkeiten gezeigt hat, weil er In- und Ausland die Sicherheit gegeben hat, daß unter Führung der Sozialdemokratie dieser Weg zum Frieden beschritten und bis zu Ende gegangen werden wird.

Das Sachverständigengutachten bedeutet endlich — nach zehn Jahren — den Abschluß des Krieges und den Beginn des Friedens. Wie dieser Krieg nicht mit dem Waffenstillstand zu Ende war, so wird auch der Friede nicht mit der Annahme des Gutachtens endgültig festgelegt sein. Wir werden am Frieden noch Jahre lang arbeiten müssen, aber die Bahn für diese Arbeit ist frei und der Erfolg ist sicher.

Das Gutachten bedeutet für uns — und es ist charakteristisch, daß wir internationalen Sozialdemokraten es sagen müssen — vorerst die Sicherung und Aufrechterhaltung der deutschen Einheit. Nur durch Annahme des Gutachtens bekommen wir Rheinlande und Ruhr frei. Nur in Deutschland, in einem Lande,

wo wirkliches Nationalbewußtsein nur schwach entwickelt ist und jenes falsche der Deutschnationalen und anderer bürgerlicher Schichten herrscht, das nur Anbetung des alten Machtstaates ist und dem zum wahren Nationalgefühl das wichtigste fehlt: die Liebe zu allen Nationsangehörigen, nur in Deutschland, sage ich, ist möglich, was überall sonst unverständlich wäre: daß in dem Moment, in dem es sich um die Befreiung des wichtigsten Teiles des Landes handelt, Leute, die sich national nennen, damit anfangen, zu rechnen, ob ihr Portemonnaie dadurch nicht allzusehr geschädigt wird. (Sehr gut!)

Die Annahme des Sachverständigengutachtens gibt uns weiter die Möglichkeit, die Wirtschaftseinheit wieder herzustellen, gibt uns die Möglichkeit, von den Kontrollen, von den Eingriffen, von den Zollbarrieren, von der Zerschneidung unseres Eisenbahnsystems freizuwenden. Es ist also das dringendste Interesse der deutschen Industrie, der deutschen Produktion, auch der deutschen Landwirtschaft, das uns leitet, wenn wir für die Annahme des Sachverständigengutachtens eintreten. Auch in dieser Beziehung sind wir und nicht die Deutschnationalen, nicht der Landbund, diejenigen, die die wirklichen Interessen der deutschen Volkswirtschaft gegen die paritätischen Privatinteressen in Schutz nehmen. Die Annahme des Sachverständigengutachtens bedeutet auf alle Fälle eine außerordentliche Erleichterung unserer augenblicklichen Lage. Der Außenminister hat uns kürzlich gesagt, daß die direkten Lasten aus den Ricumverträgen über eine Milliarde betragen. Außerordentlich schwer zu berechnen sind die Schäden, die durch die fortwährende Besetzung des Ruhrgebietes, durch die Zolllinie, durch die Kontrollen, durch die fortwährenden Eingriffe der gesamten deutschen Wirtschaft erwachsen; aber sie betragen vielleicht das Vielfache der vorhin genannten Summe. Die Annahme des Sachverständigengutachtens bedeutet also jedenfalls für absehbare Zeit eine Erleichterung unserer wirtschaftlichen Lage. Diese ist augenblicklich präkar und gefährlich. Wir alle wissen, daß die schwere Kreditkrise, die auf unserem Wirtschaftsleben lastet, bei längerer Dauer in eine Produktionskrise umschlagen muß, daß die Gefahren einer Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit sehr groß sind. (Zustimmung.) Wenn wir diesen Zustand vermeiden wollen, dann müssen wir den einzigen Weg einschlagen, den das Sachverständigengutachten weist, den Weg der Wiederherstellung des Vertrauens in die Sicherheit Europas, des Vertrauens auf die Ehrlichkeit und Vernünftigkeit der deutschen Politik.

Wir können aber auch das Gutachten annehmen, weil in diesem Gutachten wichtige Sicherungen vorhanden sind. Es ist ganz auf der Idee aufgebaut, daß die Zahlungen die deutsche Währung nicht erschüttern dürfen. Alle Uebertragungen deutscher Zahlungsmittel ins Ausland müssen diese Bedingung erfüllen. Sobald die Uebertragungen unsere Währung gefährden, so müssen sie nach dem Plan der Sachverständigen eingestellt werden. Erweist sich auf die Dauer die Uebertragung der von Deutschland geforderten Summen als unvereinbar mit der Aufrechterhaltung der Stabilität der Währung, so müssen die Zahlungen selbst herabgesetzt werden. Das bedeutet eine so starke Sicherung unserer Währung und damit unserer Wirtschaft, daß dagegen alle Bedenken auch vom rein wirtschaftlichen Standpunkt in den Hintergrund treten.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch hervorheben, daß die Zahlungen, die Deutschland zu leisten hat, alles umschließen, die Restituten, die Kosten für alle Kommissionen, vor allem auch die Besatzungskosten. Damit ist in dem Plane selbst die stärkste wirtschaftliche Garantie dafür gegeben, daß die Besatzung abgebaut wird und die Besatzungsfristen schließlich, wenn einmal Sicherheit und Vertrauen da sind, verkürzt werden, weil es das stärkste wirtschaftliche Interesse der anderen Mächte ist, ihre Besatzungskosten zu verringern.

Dazu noch ein paar Worte über die Frage der Eisenbahnen. In der Öffentlichkeit sind in dieser Hinsicht sehr falsche Vorstellungen erweckt worden, weil man den Bericht der beiden Eisenbahn-Sachverständigen, die die Gutachter zugezogen hatten, als ein Urteil der Sachverständigen selbst angesehen hat. Aber wir wollen nicht verkennen, daß die Art der Regelung der Eisenbahnfrage auch für uns als Sozialdemokraten starke Bedenken hat. Ich möchte an dieser Stelle der englischen Arbeiterpartei und der französischen Demokratie deshalb sagen: Im Programm der englischen Arbeiterpartei steht die Rationalisierung der Eisenbahnen. Wir Sozialdemokraten haben uns in den letzten Jahren mit größter Schärfe gegen alle Versuche der Schwerindustrie in der Richtung einer Privatisierung der Eisenbahnen wenden müssen. Wir wünschen, daß es in den Verhandlungen des Organisationskomitees für die Eisenbahnen ermöglicht wird, die Tarifhoheit des Reiches, den Einfluß des Reiches auf die Eisenbahnpolitik so stark zu machen, daß der größte Teil unserer Bedenken ausgeräumt wird. Wir hoffen, daß es nach dem Wahlsieg in Frankreich und bei der Stellungnahme der englischen Arbeiterpartei möglich sein wird, gewisse Zugeständnisse zu erhalten, die manche Befürchtungen, die sich aus dem Text des Berichtes ergeben können, zerstreuen.

Wenn man das Bild des Weltkapitalismus betrachtet, wenn man sieht, wie trotz aller ungeheuren Schwierigkeiten der Kapitalismus die schwere Krise zu überwinden im Begriffe ist, so können wir gar keinen Zweifel daran haben, daß die Wiederherstellung der politischen Sicherheit zugleich einen neuen ökonomischen Aufschwung und damit ein neues Erstarken der deutschen Arbeiterklasse, einen neuen Vormarsch des Sozialismus bedeutet. (Sehr wahr!)

Mit der Annahme des Gutachtens wird die neue Grundlage der auswärtigen Politik geschaffen sein. Aber auch die Grundlage, auf der wir nunmehr das sozialistische Friedensgebäude zu errichten haben. Wir haben häufig den Pazifismus kritisiert. Der Ausbruch des Krieges und die späteren Ereignisse haben diese Kritik vielfach als berechtigt erwiesen. Lassen Sie mich trotzdem hier ein Geständnis machen. Ich habe mir oft gedacht: gewiß, wir haben wissenschaftlich sehr gründlich und nur allzu richtig die Kriegursachen analysiert; gerade in marxistischen Schriften ist lange vor Ausbruch des Krieges nachgewiesen worden, wie dieses System der kapitalistischen Machtstaaten, wie diese Periode des Imperialismus schließlich zum Kriege führen mußte. Aber ich habe mir manchmal auch gesagt: vielleicht waren wir etwas zu wissenschaftlich in Deutschland und etwas zu wenig politisch, vielleicht hätten wir etwas mehr vom Geist, vom Temperament, vom Optimismus eines Jaurès gebraucht. (Sehr richtig!)

Diese Friedensarbeit hat heute ganz andere, viel realistischere Grundlagen als vor dem Kriege. Der letzte Krieg hat ergeben, daß der Massenkrieg mit den modernen Hilfsmitteln der Kriegstechnik notwendigerweise ein ungeheurer Erschöpfungskrieg werden mußte. Die typische Gestalt des nächsten Krieges ist nicht gekennzeichnet durch die Kriegsereignisse des Ostens, sondern durch den jahrelangen Ermattungskrieg im Westen. Alle Fortschritte der Kriegstechnik seitdem können nur bewirken, daß der Charakter des Erschöpfungskrieges, wenn es wieder zu einem Kriege kommen sollte, in noch viel fürchterlicherer Weise hervortritt. Aber schon dieser Krieg hat gezeigt, was in einem künftigen Kriege noch stärker hervortreten würde, daß die Grenze zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten vollständig verwischt ist. (Sehr richtig.) In einem nächsten Kriege gibt es keine Etappe mehr, kein schönes Stappenleben mehr, kein Hinterland. Die Fortschritte der Flugtechnik und des Gaskrieges werden mit allen diesen Dingen ein Ende machen. (Sehr gut und heiterkeit.) Das bedeutet schon, daß auch vom Standpunkte der kapitalistischen Wirtschaft aus ein neuer Krieg ein fürchterliches

Unglück wäre, selbst ohne die sozialen Folgen, die jeder Krieg nach sich zieht und die die kapitalistische Gesellschaft nicht zum zweitenmal überleben könnte. Der Krieg hat aber auch meines Erachtens Ergebnisse gezeigt die in ganz anderer Weise eine Grundlage für eine Friedenspolitik geben können. Der Krieg hat für das englische Imperium geschlossen mit einer Erreichung seiner wichtigsten kolonialen und imperialen Ziele. Der Weg Kap-Kairo, der Landweg nach Indien sind gesichert. England hat heute nur ein Interesse an der Erhaltung seiner Macht. Demgegenüber tritt das Interesse an der Ausdehnung der Macht verglichen mit dem ungeheuren Risiko eines neuen Krieges vollständig in den Hintergrund; denn ein solcher Krieg bedeutet ja für ein modernes Imperium nicht nur einen ungeheuren Verlust an Volksvermögen, nicht nur das große Risiko der sozialen Revolution, sondern für England auch unmittelbar die revolutionäre Bewegung, die Rebellion aller asiatischen, aller afrikanischen Völkerstämme und damit unter Umständen den Todesstoß für das Weltreich. Daher ein gewisser konservativer Zug in der englischen auswärtigen Politik, daher das Bestreben, die Gegensätze zu überbrücken. Es ist schließlich daselbe wie auf wirtschaftlichem Gebiet, wo, wenn in einer Industrie die Betriebe eine gewisse Größe erreicht haben, die Fortdauer der Konkurrenz unter Umständen unrentabel für alle wird und an die Stelle des Niederkonkurrierens das Kartell tritt. Ebenso sehen wir die englische Politik erfolgreich auf den Abschluß von Kartellen hindrängen. Wir sehen die Verständigung der angelsächsischen Reiche, das Abkommen von Washington, das die wichtigsten Gegensätze zwischen England und Amerika durch Vereinbarungen aus der Welt zu schaffen sucht, und sehen, wie diese beiden Riesenreiche diese Methoden gegenseitiger Vereinbarungen auf alle anderen großen, für den Seerrieg entscheidenden Mächte auszudehnen suchen. Mit diesem konservativen Interesse der angelsächsischen Reiche verbindet sich aber das Selbsterhaltungsinteresse aller kleinen Nationen und schließlich das ungeheure Friedensinteresse der breiten, arbeitenden Massen in allen Ländern. Das sind neue Grundlagen einer realistischen Friedenspolitik, und auf diesen Grundlagen haben wir aufzubauen.

Das Instrument für eine solche Friedenspolitik kann nur der Völkerbund sein. Auch der Völkerbund hat sich wesentlich geändert in dem Augenblick, in dem an Stelle der Vertreter des französischen Militarismus Vertreter der französischen Demokratie, unterstützt von den französischen Sozialisten in der Regierung Frankreichs sind. Das eröffnet die Möglichkeit, den Völkerbund allmählich umzugestalten und durch Mitarbeit auch für Deutschland das Notwendige zu erreichen. Deswegen verlangen wir von der Deutschen Regierung, daß sie endlich alle Bedenken fallen läßt und den Eintritt in den Völkerbund vollzieht (Sübe: Noch in diesem Jahr!) Es ist selbstverständlich, daß der Eintritt schon bei der nächsten Völkerbundstagung beantragt werden muß. Unsere Abstinenzpolitik im Völkerbund war aber auch eine ganz nutzlose Konzession an gewisse völkerbundsfeindliche Ideen gewisser Schichten im deutschen Volk. (Sehr richtig!) Damit muß endlich gebrochen werden. Die Zeit ist zu ernst, um aus innerpolitischer Schwäche solche Konzessionen an vergangene Romantik zu machen.

Wir fordern aber den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Wir haben allerdings auch den Wunsch der Universalität des Völkerbundes. Wir wünschen daher, daß auch Rußland in den Völkerbund eintritt. Diese Frage ist heute, wo die russische Regierung von der englischen Arbeiterregierung anerkannt ist und wo wahrscheinlich auch ihre Anerkennung in Frankreich bevorsteht, eine reine Angelegenheit der russischen Regierung. Was wir von der deutschen Regierung wünschen, ist nur, daß sie nicht aus der Haltung Rußlands nach Ausreden für ihre Stellung sucht (Hermann Müller: Sehr richtig!), daß sie sich auf keine Bindung an die russische Politik einläßt.

Ich möchte hier überhaupt ein Wort über die russische Regierungspolitik sagen. Wir deutschen Sozialdemokraten sind mit großer Energie für die bedingungslose Anerkennung der Sowjetregierung eingetreten und für den Abschluß von wirtschaftlichen Verträgen mit Rußland. Wir haben es abgelehnt, irgendwelchen Gläubigerinteressen zu dienen, sei es deutscher, sei es ausländischer Schichten. Aber damit sind unsere Pflichten erfüllt, um so mehr, als jetzt, seit der Wendung in Frankreich die Gefahr einer imperialistischen Unterjochung Rußlands nicht mehr gegeben ist. Wenn die russische Regierung glaubt, daß wir verpflichtet sind, ihre Preisfechter zu sein, daß sie sich aber auf der anderen Seite erlauben darf, unter der Firma der kommunistischen Internationale alles daran zu setzen, um die deutsche Arbeiterbewegung durch bezahlte Söldlinge zu ruinieren, so ist sie im Irrtum. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wünschen, wie gesagt, eine vernünftige russische Regierung und wir wünschen ihr alles Glück. Aber die russische Regierung und Herr Sinowjew haben die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß ihre verschiedenen Vertreter im Auslande endlich politisch stubenrein werden. (Sehr gut!)

Lassen Sie mich diese Ausführungen über die auswärtige Politik mit einigen kurzen Bemerkungen schließen. Es ist ganz klar, daß für die sozialistische Friedensarbeit im Vordergrund stehen wird die große Frage der Abrüstung. Wir sind mit der sozialistischen Internationale einig in der Auffassung, daß eine Abrüstung, die sich bloß auf die Besiegten beschränkt, keine Friedenssicherung, sondern eine erhöhte Friedensgefahr bedeutet. (Sehr wahr!) Der Weg der beschritten werden muß, geht dahin, daß endlich wahr gemacht werde, was im Versailler Vertrag versprochen worden ist, daß endlich an die allgemeine Abrüstung herangegangen wird.

Wenn wir uns in der Welt umsehen, so müssen wir noch folgendes konstatieren. Die einzigen, die während der schweren Zeit der Vergangenheit, zum Teil schon während des Krieges für eine gerechte Behandlung Deutschlands eingetreten sind, waren die Demokraten, vor allem die Sozialisten der Welt. (Lebhafte Zustimmung.) Fortschritt der Demokratie, Fortschritt des Sozialismus in der Welt ist das wichtigste außenpolitische und damit das wichtigste nationale Interesse Deutschlands. (Lebhafte Zustimmung.) Deswegen können wir nicht genug betonen, daß alle diese Dinge von der schwarzen Reichswehr, von den geheimen illegalen Organisationen, abgesehen von den inneren Gefahren und der außenpolitischen Schädigung nichts anderes sind, als eine dumme, reaktionäre romantische Ideologie. (Sehr wahr!) Es ist genau so kindisch, Deutschland durch einen Guerillakrieg befreien zu wollen, wie es kindisch wäre, die Großindustrie durch den Handbetrieb verdrängen zu wollen. Nicht mit Gewalt, sondern mit Geist muß Deutschland siegen können, und das wird nur möglich sein, wenn der Geist der Demokratie siegen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir sehen in der auswärtigen Politik eine ungeheuer bedeutsame Wendung durch das Aufsteigen der westlichen Arbeiterklasse zur Macht. Bevor aber diese Wendung wirken, bevor diese Aenderung in der europäischen Geschichte sich vollziehen konnte, hat eine weise, politisch einsichtige, wesentlich von außenpolitischen Erwägungen und nicht von innerpolitischen Ängsten beeinflusste Regierung (Heiterkeit) sich veranlaßt gesehen, die deutschen Reichstagswahlen auszuschreiben. Sie haben in einer ungünstigen Zeit für alle die stattgefunden, welche für die Erfüllungspolitik als einzig mögliche Befreiungspolitik eingetreten waren.

Im einzelnen hat das Vorgehen der Schwerindustrie mit Notwendigkeit das Wahleresultat in Rheinland-Westfalen stark beeinflusst und das besonders starke Anwachsen der kommunistischen Stimmen erzeugt. Bei dieser Arbeiterschaft, die erst spät von der gewerkschaftlichen Organisation erfaßt wurde und nur mühsam

in unsere politischen Verbände eingereicht werden konnte, mußte sich das Gefühl der hellen Empörung in der Abgabe des kommunistischen Stimmzettels Luft machen. (Sehr richtig!)

Neben diesen allgemeinen Ursachen des Wahlausfalls, den wir vorausgesehen haben, und der bei uns nicht den geringsten Anlaß zu einer Entmutigung zu bilden braucht, muß zur Erklärung des Wahlausfalls in den verschiedenen Orten die Arbeit der Organisation in Rechnung gestellt werden. Wo unsere Organisationen gut gearbeitet und verstanden haben, die Arbeiter über gewisse Notwendigkeiten und Zwangsläufigkeiten unserer Politik aufzuklären, haben sich die Arbeiter in diesem schweren Kampf glänzend gehalten. Andere Organisationen aber haben sich selbst die Politik ungeheuer erschwert. (Sehr richtig!)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang im Hinblick auf die künftige Parteilarbeit etwas sagen. Zunächst müssen wir uns darüber klar werden, daß der Funktionär, der Vertrauensmann das wichtigste und verantwortungsvollste Glied in der ganzen Parteiorganisation ist. Von seiner Arbeit hängt es ab, in welchem Verhältnis die Massen zur Führung stehen. Vor dem Krieg hatten wir es leicht. Für die Sozialdemokratie war es in vieler Hinsicht nicht sehr schön, aber wir waren damals konkurrenzlos, die einzige Arbeiterpartei (sehr richtig!), und konnten es uns gestatten, über alle möglichen Probleme, über die abstraktesten wie über die kleinsten große Debatten in aller Offenlichkeit zu führen. Es konnte nicht viel passieren, es kamen vielleicht einmal ein paar weniger zur Partei, aber zu anderen Parteien ist kaum ein Arbeiter desertiert. Meinungsfreiheit — selbstverständlich! Keiner wäre des Namens eines Sozialdemokraten würdig, der nicht die Meinungsfreiheit in Anspruch nimmt. Sie hat aber ihre Grenze an einer wichtigen Schranke, nämlich an dem Gefühl der Solidarität, das uns in der Zeit der Spaltung stark verloren gegangen ist, das wir uns wieder erwerben müssen. (Bravo!) Jede Debatte muß vom Geist der Kameradschaft getragen werden. Wenn ein Funktionär die Kameradschaft nicht übt, muß im internen Kreis für Abhilfe gesorgt werden. Aber Funktionär und Funktionär müssen als unzerstörbare Kette zusammengehalten, um die Partei, ihre Beschlüsse und ihre Taten mit Zähnen und Klauen gegen jeden Angriff zu verteidigen. (Sehr richtig! und Händeklatschen.) Wir können keinen Funktionär in der Partei ertragen, der glaubt, sich auf Kosten der Organisation populär machen zu können. (Unhaltender Beifall.)

Noch ein Wort an die Preßkommission und die Geschäftsführer unserer Zeitungen und Druckereien. Ich möchte ihnen nahelegen, daß jede Verstärkung der Redaktionen, jede Ausgestaltung unserer Zeitungstechnik keine überflüssige Ausgabe, sondern vielmehr die beste Kapitalanlage ist. (Sehr richtig!) Auch muß ihnen, aber auch den Redakteuren klar sein, daß wir keine Zeitung allein für Funktionäre brauchen, sondern für die Erfassung des Arbeiters nicht nur als Klassenkämpfer und Politiker, sondern im ganzen Umfang seiner menschlichen Interessen und seines Strebens nach höherer Kultur. (Sehr richtig!)

Wem haben die Nationalisten und Kommunisten den Sieg zu danken? Sie haben infolge der zunehmenden Verzweigung, des Aberglaubens an die Gewalt gestiegt. Schon jetzt können wir erkennen, wie diese Verzweigungstimmung abnimmt. Wir sind völlig ruhig; denn wir wissen, wir werden infolge der zunehmenden Einsicht und des zunehmenden Selbstvertrauens des Proletariats in jene eigene Kraft siegen.

Der Kampf in der inneren Politik wird ein Kampf um die Abwägung der Reparationslasten sein. Diese Lasten werden schwer sein. Dieser Kampf wird daher mit großer Leidenschaft und Energie von den Bestehenden geführt werden. (Sehr richtig!) Wir kennen ihr Programm. Der Reichsverband der Industrie hat es schlagwortartig zusammengefaßt: Beseitigung des

politischen Einflusses der Gewerkschaften, des Achtstundentages, des Schlichtungsverfahrens und der Tarifverträge, Privatisierung der Staatsbetriebe, Schutzzölle. Wir wissen also, woran wir uns zu halten haben. Die wichtigste der Fragen ist die des Achtstundentags.

Wir treten für den Achtstundentag aus schwerwiegenden volkswirtschaftlichen Gründen ein. Nicht nur unsere, sondern auch die Ueberzeugung einer großen Reihe bürgerlicher Nationalökonomien ist es, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit keine Verteuerung und Einschränkung der Produktion bedeutet. Denn sie wird sehr stark durch erhöhte Intensität der Arbeit und durch Verbesserung der Qualität der Arbeit kompensiert. Verkürzung der Arbeitszeit zwingt zudem zu der möglichst besten technischen und organisatorischen Einrichtung des Betriebs. Das Wort von Brentano ist bis heute nicht widerlegt: kurze Arbeitszeit und hohe Löhne bedeuten billige Arbeit. Ich habe neulich eine ausführliche Zusammenstellung von Materialien über den Achtstundentag in einer Schrift von Professor Bippmann über das Arbeitszeitproblem durchgesehen. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Erfahrungen mit der Verkürzung der Arbeitszeit vor dem Krieg günstiger als nach dem Krieg waren. Das ist aber für uns nichts Neues. Wir haben immer darauf hingewiesen, daß infolge der Unterernährung der Arbeiter, infolge der ständigen Unruhe und Aufregung in den Betrieben, die während der Inflation durch die Ungewißheit über die Kaufkraft der Löhne und die ewigen Lohnverhandlungen hervorgerufen war, die günstigen Wirkungen auf Erhöhung der Arbeitsintensität nicht eintreten konnten. (Sehr richtig!) Diese weniger günstigen Erfahrungen nach dem Kriege sind keine Widerlegung der alten nationalökonomischen Einsicht, daß der Achtstundentag für die Industrie die rationelle Grenze, das volkswirtschaftlich Vernünftige ist. Aber selbst, wenn damit eine volkswirtschaftliche Schädigung verbunden wäre, was ich bestritte, so ist die Frage des Achtstundentages für uns in erster Linie eine Frage von kultureller Bedeutung. Wenn wir in langer Erziehungsarbeit das Mitbestimmungsrecht der arbeitenden Menschheit über die Produktion und die Wirtschaft der Gesellschaft wahr machen wollen, brauchen wir Arbeiter, die Zeit und Mühe zur kulturellen Erhebung haben. Deshalb verteidigen wir den Achtstundentag mit allen politischen und gewerkschaftlichen Mitteln (Bravo!)

Die Situation ist auch in dieser Beziehung günstiger geworden. Ich danke hier dem Genossen Broué für seine Worte. Wir hoffen, daß es der Arbeiterschaft in England und Frankreich infolge der politischen Entwicklung gelingen wird, die Ratifizierung des Abkommens über den Achtstundentag in den Parlamenten durchzusetzen; dann werden wir auch in Deutschland trotz aller Widerstände die Ratifizierung leichter durchsetzen. Sollten wir dies parlamentarisch nicht erreichen, so werden wir die Abstimmung durch einen Volksentscheid herbeiführen. Wir brauchen nicht zu befürchten, daß sich in dieser Grundfrage Arbeiter, Beamte und Angestellte in irgend nennenswerter Anzahl von andern Parteien durch Schlagworte verführen lassen werden; sie werden für den Achtstundentag entscheiden und damit seinen Sieg in allen andern Staaten sichern helfen. Im Anschluß an die Frage der Arbeitszeit muß die Lohnfrage kurz gestreift werden. Ich habe manchmal den Eindruck, daß breite Arbeiterschichten noch nicht verstehen, wie infolge der neuesten Entwicklung auch die Lohnfrage zu einer politischen Frage geworden ist. (Sehr richtig!) Das ganze System der Tarifverträge und Schlichtungsprüfung führt dahin. Immer ein gewisses Machtverhältnis der gewerkschaftlichen Organisationen vorausgesetzt, hängt die Lohnhöhe von den Vorstößen der Schlichtungsausschüsse ab, die vom Reichsarbeitsminister bestimmt werden und nach seinen Richtlinien arbeiten. Die Befehle des Reichsarbeitsministeriums und der Einfluß auf die Politik des Arbeitsministers wird so von großer Bedeutung. Das Maß dieses politischen Einflusses

äußert sich in jedem einzelnen Arbeiterhaushalt. Die Höhe des Wochenlohns jedes Arbeiters hängt von der Stärke der sozialdemokratischen Vertretung im Parlament ab. (Sehr richtig!)

Ein weiterer wichtiger Punkt des Reichsverbandes und des Landbundes ist der Zollschutz. Die Gestaltung der Handelspolitik ist eine der bedeutendsten Fragen der deutschen Arbeiterschaft überhaupt. Bei einer Rückkehr zu dem Zollschutzsystem der Vorkriegszeit würde sich die deutsche Volkswirtschaft vor allem auf die Agrarproduktion und die Produktion industrieller Rohstoffe stützen. Das Interesse der deutschen Arbeiterschaft liegt aber vor allem in möglichst ungehinderter Ausdehnungsmöglichkeit der Verfeinerungs- und Fertigungsindustrien, die das meiste Arbeitsvermögen besitzen und die meiste Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitern ausüben. Deshalb muß die Handelspolitik dafür sorgen, daß diese Industrien billige Produktionskosten haben, daß also die Kaufkraft der Löhne nicht durch Getreidezölle vermindert und die Industrie nicht durch Rohstoffzölle belastet wird. Deshalb wünschen wir eine Handelspolitik mit langfristigen Handelsverträgen unter Freilassung der Lebensmittel und industriellen Rohstoffe von Zöllen. Wir leugnen die augenblickliche schwierige Lage der deutschen Landwirtschaft keinen Augenblick. Es handelt sich dabei um die Nachwirkungen der Kriegswirtschaft, der Inflations- und zum Teil der Stabilisierungskrise. Das Mißverhältnis in den Preisen der landwirtschaftlichen und der industriellen Produkte ist eine internationale Erscheinung. Es ist um so größer, je weiter die Inflation gediehen war und je schwerer deshalb die Stabilisierungskrise ist. Die Gründe für die Niedrigkeit der deutschen Getreidepreise bestehen außerdem noch darin, daß erst seit dem Spätherbst 1923 der Steuerdruck auf die Landwirtschaft wirksam wurde und daß dies die Landwirtschaft ebenso wie die übrige Wirtschaft in einem Augenblick traf, wo sie kein flüssiges Kapital und keinen Kredit hatte und deshalb unter allen Umständen verkaufen mußte. Da außerdem infolge der Kreditnot der Getreidehandel die Ernte nicht in größeren Mengen aufnehmen konnte, bildeten sich total begrenzte Bezirke, wo die Landwirte um jeden Preis das Getreide loszuschlagen mußten. Der Umstand, daß die landwirtschaftlichen Preise in Deutschland unter den Weltmarktpreisen stehen, beweist schon, daß die Krise der Landwirtschaft nicht durch Lebensmittelzölle beseitigt werden kann. Denn die Landwirtschaft hat nicht durch die Einfuhr allzu billigen Auslandsgetreides gelitten — denn das ausländische Getreide war teurer als das einheimische —, sondern unter dem gleichen Uebelstand wie die Industrie, unter der Stabilisierungs- und Kreditkrise. Außerdem kämen Getreidezölle nur einem Bruchteil der Landbevölkerung zugute; die Landarbeiterschaft und die Betriebe bis zu fünf Hektar hätten davon keinen Vorteil. Auch für die mittleren und größeren bäuerlichen Betriebe würde der vorübergehende Vorteil der Zölle durch die Steigerung des Bodenwertes kompensiert werden, der sich bei jedem Erbgang und Besitzwechsel zeigen würde. Diese Steigerung der Bodenpreise würde von neuem eine Aussperrung der Landarbeiterschaft und Kleinbauern von Grund und Boden bedeuten und dem von uns vertretenen Siedlungsgedanken und damit einem Bedürfnis der Landarbeiter, Kleinbauern und Pächter widersprechen, das in dem volkswirtschaftlich erträglichen Maße durchaus befriedigt werden muß. (Sehr gut!) Alle diese Gründe lassen uns das Heilmittel der Lebensmittelzölle ablehnen. Wir werden nur in der Ueberzeugung gestärkt, daß der Landwirtschaft auf andere Weise geholfen werden muß. Dafür gibt es eine Reihe von Wegen. Als wichtigste erscheinen mir: Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens, direkte Verbindung der ländlichen Genossenschaften mit den Konjumentenorganisationen und den Kommunen; intensive Förderung des landwirtschaftlichen Bildungswesens, Unterstützung der landwirtschaftlichen Kreditorganisationen, Landarbeiter- und Pächterschutz. Ich

bitte Sie aus diesem Grunde, den Antrag anzunehmen, den Parteivorstand zu beauftragen, das Thema „Sozialismus und Landwirtschaft“ nach Vorbereitung durch eine Kommission auf die Tagesordnung eines der nächsten Parteitage zu setzen

Im Zusammenhang mit den Abwälzungsproblemen werden wir den Kampf um die Steuergesetzgebung mit größter Energie zu führen haben. Wir scheitern allerdings, daß wir die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft allzusehr ausschließlich auf Steuerfragen lenken. Der Achtstundentag, die Lohnpolitik und die Lebensmittelzölle sind in jeder Beziehung wichtiger. Die Steuerfrage wird allerdings wie bisher auch in diesem Reichstag zu den heftigsten Kämpfen führen. Die finanziellen Ergebnisse sind augenblicklich vornehmlich auf Kosten und unter harten Opfern der arbeitenden Massen, namentlich auch der Beamten, verhältnismäßig günstig. Die Einnahmen decken die Ausgaben. In den ersten fünf Monaten betrug die Deckung etwa 98 Prozent. Da hierin die Rückzahlung der Gottdarleihe mit ungefähr 430 Millionen einbegriffen ist, haben wir in diesen fünf Monaten einen Ueberschuß von rund 300 Millionen Goldmark zu verzeichnen. Allerdings werden etwa 60 Prozent dieser Einnahmen durch die Massenbelastung aufgebracht. Im Voranschlag für das laufende Jahr wird die Massenbelastung auf etwa 65 Prozent geschätzt. Es ist klar, daß dieser Zustand mit der Zusicherung des Reichskanzlers in Widerspruch steht die Verteilung der Lasten müsse in gerechter sozialer Weise erfolgen. Die Reichstagsfraktion wird eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin sehen, die Erfüllung dieses Versprechens durchzusetzen.

Der Kampf um die Abwälzung ist für uns nicht nur ein Kampf um materielle Interessen, er ist vor allen Dingen der Kulturkampf der breiten Massen. Wir wollen die materielle Besserstellung, weil wir die geistige Hebung wollen. Aber diese ist nicht möglich ohne den Geist der Freiheit. In unserem Volke lebt noch viel zu sehr der alte Geist des Obrigkeitstaats. Aber mit Untertanengeistung lassen sich keine großen Kulturaufgaben verwirklichen. (Sehr wahr!) Deswegen steht hoch über unserem materiellen Kampf der Kampf für die deutsche Republik.

Es ist gesagt worden, Republik oder Monarchie sei nur eine Form des Staates, es komme aber auf den Inhalt an. Das ist in doppelter Beziehung falsch. Die Republik ist an sich ein hohes Gut. Denn sie ist die Verwirklichung der Freiheit. Wir wollen keine Monarchie, weil wir eine geborene, eine nicht von uns eingesetzte Obrigkeit nicht anerkennen wollen. Man mag auch, wenn man ohne jeden politischen Wirklichkeitsinn theoretisiert, solche Anschauungen aufstellen. Aber haben wir etwa bei einer Wiederherstellung der Monarchie eine nach Art der englischen zu erwarten? Glaubt jemand an das Volkstajferum des Herrn Strefemann? Die Monarchie in Deutschland würde erst kommen nach der Niederschlagung der Sozialdemokratie, der Republikaner, gestützt auf die illegalen Banden und die Mordorganisationen, von Blut und Schmutz triefend wie der italienische Faschismus. Deswegen sage ich: Republik oder Monarchie ist für uns keine Frage. Mit allen Waffen, mit aller Hingebung, mit all unseren Kräften müssen wir für die Republik gegen die Monarchie kämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Sagen wir damit etwas, was nicht Geist vom Geist des Sozialismus ist? Was ist denn Sozialismus, wenn Sozialismus nicht Freiheit ist? Wir wollen doch den Sozialismus, weil wir befreit sein wollen von der Uebermacht der materiellen Interessen, von der Herrschaft der Interessenorganisationen, weil wir wollen, daß endlich diese Fragen aufhören: wo kann ich heute Mittagbrot essen, wo finde ich morgen ein Obdach? Diese Dinge müssen aus dem Gesichtsb-

freis der Menschheit zurücktreten, damit die Menschheit sich erst verwirklichen kann in der Teilnahme an den Gütern der menschlichen Kultur. Kultur und Freiheit ist unzertrennlich, und deshalb ist Republik und Sozialismus unzertrennlich. Wenn eine gewalttätige Minorität sich gegen Republik und Verfassung erhebt, dürfen wir als Vertreter der Minorität, als Schützer der Verfassung nicht davor zurückschrecken, diese Angriffe ebenso abzuwehren. Ich habe es immer als eine Schande empfunden, wenn in großen Industriestädten die andern die Straße beherrscht haben. Wenn jeder Arbeiter seine Pflicht tut, würden diese Deutschen Tage, diese völkischen Demonstrationen in den Industriestädten sehr rasch verschwinden.

Wir haben die Monarchie nicht nur gegen die Monarchisten zu verteidigen, sondern auch gegen die Aushöhlung durch die partikularistischen, die föderalistischen Bestrebungen. Wir bleiben die Partei des Einheitsstaates.

Wir stehen in einer entscheidenden Periode. Die außenpolitische Lösung ist auf dem Weg, aber wir wissen, daß, wenn sie Wirklichkeit geworden sein wird, wir dann in einer ganz andern Front zu kämpfen haben werden. Was hat denn so häufig bei den Parteigenossen Unzufriedenheit verursacht? Es war das Gefühl, daß wir unter dem Zwang der Außenpolitik in einer Front kämpfen mußten, die nicht die unsere war, daß wir, um ärgeres politisches Elend abzuwenden, Bundesgenossen suchen mußten, die sonst nicht unsere Bundesgenossen sein können. Wenn die wichtigsten und gefährlichsten außenpolitischen Fragen gelöst sein werden, dann werden die Versuche der Reaktion, die Versuche der Deutschnationalen, in die Regierung zu kommen und sie zu beherrschen, mit stärkerer Kraft aufleben. Diese Versuche werden auch bei anderen bürgerlichen Parteien Unterstützung finden. Die Möglichkeiten für die Sozialdemokratie, Koalitionspolitik zu treiben und in der Regierung zu sein, werden geringer sein. Wenn wir bisher aufgerufen wurden, in die Regierung einzutreten, geschah es nur, um Verantwortlichkeiten zu übernehmen und Lasten zu tragen, vor denen die bürgerlichen Parteien sich scheuten und die sie nicht allein tragen wollten. Wenn außenpolitisch etwas getan werden mußte, was der nationalistischen Demagogie unbequem war, erging der Ruf an die Sozialdemokratie. Wir haben gewußt, daß es uns als Partei schaden würde, und sind doch hineingegangen und haben eine Politik getrieben, von der wir wußten, daß viele Schichten sie nicht verstehen werden. Wir taten es in der Ueberzeugung, daß wir durchhalten müssen, bis diese Politik Erfolg gehabt hat, weil wir erst dann freie Bahn für die eigentlichen Aufgaben des Sozialismus bekommen. Schon bei der letzten Regierungsbildung konnten wir beobachten, daß, als endlich der Erfolg der Erfüllungspolitik winkte, es den bürgerlichen Parteien nicht so sehr darum zu tun war, diesen Erfolg mit uns zu teilen, obwohl wir die Träger dieser Politik gewesen sind.

Daß die Möglichkeiten der Koalitionspolitik geringer werden, schreckt uns nicht. Koalitionspolitik ist für uns ein Notbehelf, der nicht nötig wäre, wenn schon alle Schichten der deutschen Arbeiterschaft zur Erkenntnis ihres wirklichen Klasseninteresses erwacht wären. Was wir wollen, ist nicht Koalitionspolitik, sondern die Majorität der Sozialdemokratie im Reichstag, denn diese ist nach der sozialen Struktur Deutschlands zu haben. Nur die Zersplitterung der deutschen Arbeiterklasse hat dies bisher nicht zur vollen Wirkung kommen lassen. Unsere Aufgabe ist es daher, gegen diese Zersplitterung zu kämpfen. Was ist es für ein Wahnsinn, wenn heute, da wir in der Defensive stehen und den Achttundentag, die Sozialpolitik und eine gerechte Steuerpolitik verteidigen müssen, sich nicht jeder Arbeiter sagt: In all diesen Dingen kann es ja gar keine abweichende Meinung unter uns geben. Was ist es für ein Wahnsinn, sich die Organisationen von den Kommunisten zerschlagen, die politische Vertretung

schwächen zu lassen, um Dinge willen, die weder heute noch morgen auf der politischen Tagesordnung stehen, sondern vielleicht ein Streit um die Zukunft sein werden! Die Ueberwindung der Zersplitterung kann aber nur durch die Sozialdemokratie erfolgen. Es ist falsch, wenn manche Arbeiter noch immer glauben, wir seien verpflichtet, uns mit den Kommunisten zu einigen, weil diese auch Klassengenossen sind. Klassengenossen sind auch die christlichen Gewerkschafter, die völkischen Arbeiter und das waren auch die Anarchisten. Wir können die Arbeiterklasse nur einigen auf das Programm der Sozialdemokratie. Es ist eine Utopie, zu meinen, daß man die Arbeiterklasse einigen kann, ohne sie zugleich auf ein bestimmtes Programm zu einigen, das nicht willkürlich ist, sondern aus den dauernden und geschichtlichen Notwendigkeiten der Entwicklung der Arbeiterklasse und der menschlichen Gesellschaft entspringt. Weil es Klassengenossen sind, deswegen gehören sie zu uns, aber zu uns als Sozialdemokraten. (Sehr richtig!)

Wir haben als wichtigste Aufgabe der Partei die Pflicht, über die Industrie- arbeiterklasse hinaus immer mehr die Grenzschichten zu gewinnen. Auch darüber wird auf späteren Tagungen noch zu sprechen sein. Setzt nur ein Wort über das Verhältnis zu den Intellektuellen. Es ist nicht richtig, daß in unserer Partei die Intellektuellen besondere Schwierigkeiten haben. Und wir alle wissen, wir brauchen als Partei auch die Intellektuellen. (Sehr richtig!) Wir können sie gewinnen, weil die Lage der geistigen Arbeiter von Grund auf geändert ist. Wir brauchen sie, weil für gewisse Aufgaben die Intellektuellen durch ihre systematische Schulung besser vorgebildet und geeignet sind. Wir brauchen sie für die Leistungen, die ihrer Vorbildung, die der spezifischen Art ihrer Arbeit gemäß sind. Wir brauchen sie für die Vertretung und für die Fortbildung unserer wissenschaftlichen und kulturellen Auffassung. Freilich dürfen sie nicht erwarten, sofort als Lehrer und Meister von uns begrüßt zu werden. Sie müssen zu uns kommen zuerst als Lernende des Sozialismus, damit sie mit uns zusammen Kämpfer und Führer des Sozialismus werden können.

Die Aufgaben der Partei sind gewaltig, aber die Situation ist günstiger geworden. Ueberall in der Welt gewaltige Fortschritte des Sozialismus, der Arbeiterklasse! Allein von dem Fortschritt der Arbeiterklasse kann ein neuer, harmonischer Aufbau der Gesellschaft erwartet werden. Zur Arbeit dafür rufen wir alle auf, die mit uns begriffen haben, daß die gegenwärtige Gesellschaft weder die Forderungen der Freiheit, noch der Kultur erfüllt. Wir rufen alle auf, mit uns zu arbeiten an diesem großen historischen Prozeß der Menschwerdung. Wenn wir uns die Lage der Arbeiter in früheren Zeiten vor Augen halten, wenn wir uns an die Schilderungen aus der Zeit des Frühkapitalismus erinnern, wo der Arbeiter nur Anhängsel einer Maschine war, und den Vergleich ziehen mit heute, wo die Arbeiterklasse kämpfend in machtvollen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Organisationen zusammengesetzt ist, wenn wir uns sagen dürfen, daß es erst die Leistung der sozialistischen Bewegung gewesen ist, daß die Schätze unserer klassischen Literatur, unserer Kunst zu wirklich nationalen Schätzen geworden sind, dann wird auch endlich einmal der Gegner einsehen müssen, daß es sich nicht um materielle Dinge, um „engherzigen“ Klassenkampf handelt, sondern um die große historische Aufgabe der Weiterentwicklung der Menschheit. Wir sind durch schwere Zeiten hindurchgegangen und das letzte Jahrzehnt war die tiefste Demütigung der Menschheit. Aber der Tiefpunkt ist überschritten. Von jetzt an geht es wieder aufwärts, geht es vorwärts, und das ist die Aufgabe, die uns gestellt ist: die Massen hinaufzuführen zu den Gipfeln der politischen Macht, der wissenschaftlichen Erkenntnis, der kulturellen Errungenschaften! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Wels: Es ist folgende Resolution eingegangen:

Die Beendigung des Krieges hat nicht zu einer Beruhigung der außenpolitischen Beziehungen der kapitalistischen Staaten geführt. Der Kampf um fremde Warenabnahmmärkte, um Kapitalverdrängungsplätze und politische Interessenphären, den schon die internationalen Kongresse in Basel, Kopenhagen und Stuttgart als das Kennzeichen der gegenwärtigen Entwicklung des Kapitalismus feststellten, ist verschärft und zugespitzt durch Kämpfe um Petroleumlager, durch Verschiebung der Kräfteverhältnisse in Europa, durch das Aufkommen neuer sozialer und politischer Kräfte in Rußland, durch Aktivierung der außenpolitischen Interessen der amerikanischen Staaten.

Neue schwere Krisen zeigen sich am Horizont. Die deutschen herrschenden Klassen, eingebend des Verlustes ihrer imperialistischen Stellung durch den Weltkrieg, hoffen in neuen Verwicklungen das Verlorene wiedererlangen zu können. In einer unaufrichtigen Außenpolitik, in heimlichen und offenen Rüstungen im Innern suchen sie Zeit und Mittel zu gewinnen.

Die SPD.

erblickt ihre wichtigste Aufgabe darin, neuen Krisen, neuen Kriegen vorzubeugen durch entschlossenen Kampf gegen alle diese Mächtschaften der deutschen herrschenden Klassen, und insbesondere durch Ueberbürdung der schwersten Lasten des verlorenen Krieges auf die, die sie tragen kann und tragen soll, die kriegsschuldige Bourgeoisie. Die Partei ist überzeugt, daß dieser Kampf in dem Maße von Erfolg sein wird, in dem die internationalen sozialistischen Parteien sich vereinigen zu einem gemeinsamen Kampf gegen die Imperialisten und Kriegstreiber aller Länder, einem Kampf, in dem die tragischen Lehren des Jahres 1914 nicht unbeachtet bleiben dürfen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Genosse Hensler.

Hensler-Dortmund fragt, ob es richtig sei, daß mehrfach verschiedene Wortmeldungen von einem Genossen zusammengefaßt den Schriftführern übergeben sind, und bittet, die Reihenfolge der Redner zu verlesen.

Vorsitzender Wels erwidert, daß allerdings einige Genossen mehrere Wortmeldungen zugleich abgegeben haben. Infolgedessen würden mehrere Redner einer Richtung hintereinander sprechen. Er vertieft darauf die Reihenfolge der Redner und bittet, es bei dieser Rednerliste zu belassen.

Krille-München verwahrt sich dagegen, daß die Parteigenossen, die sich zur Debatte gemeldet haben, als organisierte Opposition bezeichnet würden. Er habe sich allein zum Worte gemeldet, und zwar im Hinblick auf den Ausfall der Reichstagswahlen in Bayern. Die bayerische Frage sei auf dem Parteitag überhaupt noch nicht berührt worden.

Vorsitzender Wels eröffnet hierauf die Diskussion und gibt das Wort dem Genossen Levi.

Dr. Levi-Berlin: Das Kernstück der ganzen Betrachtungen des Genossen Hilferding, bei dem ich insbesondere schätze, daß sie sich nicht auf heute und morgen beschränken, sondern versuchen, uns den Blick für eine lange Periode zu öffnen, sehe ich darin, daß sie auf der These aufgebaut sind: mit dem Kriege ist die Aussicht auf eine gewisse Beruhigung der auswärtigen Beziehungen eingetreten. Das knüpft an einen Gedanken, den auch Genosse Müller ausgesprochen hat. Ich verstehe sehr wohl, daß nach einem Jahrzehnt grausamsten Erlebens aus allen Herzen der Wunsch nach Herstellung von Bedingungen kommt, in denen wir wenigstens äußerlich einigermaßen behaglich leben können. Aber das schlimmste wäre, wenn wir bei der Betrachtung dieser Dinge unsere Wünsche zugrunde legen wollten. Der Krieg hat uns das Bild des englischen Imperiums hinterlassen. Ich möchte ein Wort variieren, das geprägt wurde, als die Kulturwelt unter einem ähnlichen Zeichen stand. Die Pax

Romana, der römische Friede ist heute ersetzt durch den britannischen Frieden. Die Pax Romana hat Jahrhunderte gedauert. Wir wollen nicht vergessen, daß der römische Friede große Kulturformationen zugrunde gerichtet hat. (Sehr richtig!) Der Kapitalismus hat nicht nur zu einer Steigerung und Beschleunigung der wirtschaftlichen Vorgänge geführt, sondern er hat auch die politischen Vorgänge bis an das äußerste Ende der Beschleunigung getrieben. Der beginnende Kapitalismus hat eine Pax Frankreichs, den napoleonischen Frieden geschaffen, gestützt auf die überragende Macht eines Staates; er hat ein Jahrzehnt gedauert. Wir sollten dem britischen Frieden nicht trauen, wo der Henker schon vor der Tür steht. (Sehr wahr!) Heute schon sind die Kräfte lebendig, die sich gegen den britischen Frieden auswirken werden. Ich will nur hinweisen auf die Lebendigwerdung des amerikanischen Kontinents. Uns wird gesagt: in Rußland ist nicht der Sozialismus und nicht der Kommunismus. In dieser Kritik sind wir uns wohl alle einig. Und uns wird auch gesagt, in Rußland sei nichts anderes gewesen als ein Kommunistenputsch. Diese Bezeichnung ist meines Erachtens zu eng. (Sehr richtig!) Sie geht an der Tatsache vorbei, daß in Rußland 170 Millionen Bauern zum nationalen Selbstbewußtsein gekommen sind. (Sehr wahr!) Die russische Wirkung auf die ganze Welt beruht nicht auf einer dummen Rede Sinowjews (sehr richtig!), nicht auf der Organisation der kommunistischen Internationale, sondern auf den ungebärdigen Kräften eines Millionenvolkes, das jungfräulich, neu wie von Gott geschaffen, in die Weltgeschichte getreten ist. (Lebhafte Zustimmung.) Der Kapitalismus wird auch in Rußland seine Wunder wirken. Der russische Bauernstaat wird in kurzer Zeit ein imperialistisches Machtgebilde von unerhörter Kraft sein, ob er nun Republik oder Sowjetstaat ist. (Sehr wahr!)

Ich sehe auch eine Befriedung nicht, wenn wir das Sachverständigengutachten angenommen haben. Auch ich bin für die Annahme des Sachverständigengutachtens, aber aus andern Gründen und zu einem andern Ziele. Genosse Hilferding meinte, mit dem Sachverständigengutachten sei eine große geschichtliche Wendung eingetreten. Es ist vielleicht das einzige, womit ich mich mit dem Genossen Bernstein eng berühre, daß auch ich nicht an das so häufige Eintreten großer geschichtlicher Momente glaube. Das Sachverständigengutachten gibt der deutschen Bourgeoisie für ihre Leistungspflicht einen Rahmen, und wir sind für Annahme des Gutachtens, weil wir beginnen können, die deutsche Bourgeoisie in der Pflicht, die sie durch den Beginn des Krieges übernommen hat, zu pressen. Aber die große geschichtliche Wendung sehe ich darin nicht, weil ich nicht glaube, daß die deutsche Bourgeoisie das Sachverständigengutachten als eine große geschichtliche Wendung hinnehmen wird. Für uns ist die Ueberbürdung der Lasten ein Ziel im sozialen Kampf. Für die deutsche Bourgeoisie ist das Sachverständigengutachten, wie Lenin damals von ganz anderem Gesichtspunkte aus gesagt hat, eine Atempause, die für Ziele benutzt wird, die von allen sozialistischen Zielen weit abliegen. (Sehr richtig!) Die bisherige Politik der Sabotage jener Erfüllung ist für die deutsche Großbourgeoisie ein gar zu gutes Geschäft gewesen. Wir haben darüber das Rheinland verloren, sie haben die Währung forrumpiert; der ganze Mittelstand ist aufgerieben, das Proletariat zerstückt. Aber für große Teile der Bourgeoisie ist das eingetreten, was der Genosse Hilferding gesagt hat. Sie haben das Volk verderben lassen, haben aber ihren Beutel gefüllt, haben aus dem dürren deutschen Sande in Jahren entsetzlicher Not des Volkes amerikanische Reichtümer hervorgezaubert. (Lebhafte Zustimmung.) Infolgedessen glaube ich nicht, daß die deutsche Bourgeoisie auch nach Annahme des Sachverständigengutachtens uns eine Zeit vergönnen würde, in der wir etwa mit der Kelle in der einen und mit dem Schwert in der andern Hand arbeiten könnten. Wir werden kämpfen müssen nicht

nur um die Steuern. Und die Steuerfrage ist — darin gebe ich Hilferding völlig recht — keine Frage nur um Geld und Gut. Wenn wir wirklich etwas von alten Manuskripten verbrennen müssen, dann vielleicht das eine, das wir sagten, es gehe um das Pfeifchen des kleinen Mannes und um das Gläschen Bier. Heute geht es um mehr; es geht um die kulturelle Stellung des deutschen Proletariats. (Sehr richtig!) Es tut mir leid, daß nicht die Gelegenheit gegeben war, die Frage der Koalition von weiteren Gesichtspunkten aufzuarbeiten. Vielleicht wären wir zu ganz anderen Folgerungen gekommen als zu der Folgerung: Koalition oder nicht Koalition. Auch wir haben den Satz gelesen, den Engels gegen die Blanquisten schrieb: „Die deutschen Kommunisten sind Kommunisten, weil sie Kompromisse abschließen.“ Aber wir hätten uns dann vielleicht über das verständigen können, was nicht nur der Koalitionspolitik, sondern der ganzen Führung unserer Politik gefehlt hat.

Zum Schluß noch ein Wort anknüpfend an das, was Genosse Hilferding gesagt hat: uns fehlt es an republikanischer Intelligenz. Wenn auch die Genossen von der andern Fakultät sich die letzten Gründe und Ziele der Politik, wie wir sie wünschen, überlegen würden, dann würden sie vielleicht ersehen, daß diese Politik nichts anderes bezweckt, als große sittliche, geistige Kräfte zu mobilisieren in einer Zeit, in der sie dem Sozialismus, zumal in Deutschland, abhandeln gekommen sind. Das ist nicht negative Politik, sondern positive Politik. (Sehr wahr!) Denn sie will Mann und Frau, Arbeiter und Intelligenz zu einem Block zusammenschließen, der unüberwindlich ist. (Lebhafte Beifall.)

Fleißner-Dresden: Die Reichstagswahlen sind der Gradmesser für die Stärke und Schwäche einer Partei. Während dieses Parteitagess ist immer wieder darauf hingewiesen worden, der Mißerfolg der Sozialdemokratie sei auf die Verhältnisse zurückzuführen. Es wäre meines Erachtens eine große Selbsttäuschung, wenn wir uns mit einer solchen Erklärung zufrieden geben wollten. (Sehr richtig!) Es ist vor allem zu prüfen, inwiefern unsere Politik fehlerfrei war. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in der Politik und in der Taktik, besonders in der letzten Zeit, Fehler gemacht worden sind. (Sehr wahr!) Ich erinnere nur an die zahlreichen Entschuldigungen, die in den verschiedensten Bezirken gesagt worden sind und in denen der Mißmut über die Politik der Partei im Parlament zum Ausdruck kam. (Sehr wahr!) Ich erinnere auch daran, daß der Sturz der Regierung Cuno erst durch den Proteststurm aus dem Bande herbeigeführt wurde, während die Fraktion sich über ihre Stellung noch nicht klar war.

Ich möchte dann auf eine Bemerkung des Genossen Hilferding zu sprechen kommen, die ich für sehr richtig halte, nämlich auf die Bemerkung, daß die Partei eine stärkere Fühlung mit den Massen suchen und erhalten müßte. Das ist ja gerade das, worum es geht. (Sehr richtig!) Das ist das, was wir bisher vermisst haben. Gerade das hat nach meinem Dafürhalten auch den starken Mißerfolg der Partei mit sich gebracht.

Was nun die Auffassung anlangt, daß in der Hauptsache die „Verhältnisse“ an dem schlechten Ausfall der Wahlen schuld seien, so möchte ich ergänzend bemerken, daß zweifellos bestimmte Vorgänge in den großen Industriegebieten, in dem Bergarbeitergebiet Westfalens zur Abkehr der Wählermassen von der Sozialdemokratischen Partei beigetragen haben. Ich erinnere z. B. an eine Reihe von Schießereien, die von Sozialdemokraten gefällt worden sind, und die die stärkste Erbitterung gerade in Bergarbeiterkreisen ausgelöst haben. (Sehr wahr!)

In dem Mitteilungsblatt an die Funktionäre, das der Parteivorstand herausgegeben hat und in dem die Wahlen behandelt werden, ist eine Stelle bemerkenswert. Es wird davon gesprochen, die Sozialdemokratische Partei habe sich bei

dem Kampf während der Reichstagswahlen in der Defensive, in der Abwehr gegen rechts und links befunden. Wenn überall der Wahlkampf von diesem Gesichtspunkt aus geführt worden ist, dann ist allerdings manches zu erklären. (Sehr richtig!) Wir in Sachsen haben den Wahlkampf anders geführt. Wir haben den Angriff gegen links und rechts gewagt, und das Resultat spricht auch dafür, daß diese Taktik nicht unrichtig gewesen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Daß aber nicht allein die sogenannte Opposition unsere Politik in vieler Beziehung für fehlerhaft hält, lassen Sie mich an zwei Aussprüchen von Genossen dokumentieren, die nicht zur Linken gehören. Es war ein sehr prominenter Genosse, der bei einer Gelegenheit erklärte: Wir müssen wieder zum Klassenkampf zurückkehren, unsere Politik muß sich im Parlament mehr von der Politik der bürgerlichen Parteien abheben. (Sehr richtig!) Nichts anderes will die Opposition auch. (Zustimmung.) Ein anderer Genosse erklärt speziell in bezug auf das Ermächtigungsgesetz: Wir stehen vor einem Fiasko; der Zweck des Ermächtigungsgesetzes ist nicht erreicht; es richtet sich nur gegen die Arbeiter; die bisherige Politik hat die Macht der Arbeiter erschüttert. Ich könnte auch noch eine Reihe von Zitaten aus dem „Vorwärts“ bringen, die auf den gleichen oder ähnlichen Ton gestimmt sind. Nur hält im „Vorwärts“ eine solche Erkenntnis in sehr vielen Fällen nicht sehr lange vor. (Lebhafte Beifall.)

Dr. Adams-Hamburg: Bei dem Referat von Helling handelt es sich um Fragen von tiefer sozialer Bedeutung. Die soziale Ausgestaltung des Bodenrechtes in Deutschland ist dringend notwendig. Der Beschluß der Reichstagsfraktion auf Durchführung des Artikels 155 ist daher zu begrüßen. Bedenklich scheint es mir, daß die Bodenfrage von Parteigenossen oft allein als Siedlungs- und Pachfrage angesehen wird, als die reine Aufteilung der großen Güter. Viel entscheidender ist augenblicklich die Steuerfrage, die das Kernstück der Bodenfrage überhaupt geworden ist. Wir stehen in Anhalt vor den Landtagswahlen. In diesem Kampf steht die Frage der reinen Grundwertsteuer, die in Anhalt mit Hilfe der Partei unter Feus durchgeführt worden ist, mit an erster Stelle. Es ist gelungen, das Zwanzigfache des bisherigen Ertrags aus der Grundsteuer herauszuholen und so den Anhaltischen Etat zu balancieren, wie es großartiger in keinem kleinen Staat bisher wohl gelungen ist.

In der Steuerfrage besteht auf dem Lande eine Unmoralität, die überhaupt nicht zu überbieten ist. In Preußen, wo die Einschätzung nach dem Ertragswert überwiegt, ist die Steuer in weiten Gebieten ein Skandal, weil sie den kleinen Bauern mehr belastet als den großen Besitzer. Wenn wir diese Frage bei der Propaganda schärfer in den Vordergrund rücken, werden wir Kreise für uns gewinnen können, die uns bisher nicht zugefallen sind.

Der Ausfall der Reichstagswahlen stellt den Reichstag in den Fragen der Kultur- und Schulpolitik vor die schwersten Entscheidungen. Diese Fragen sind auf den Parteitag bisher fast nicht besprochen worden. Hilferding hat die Frage aufgerührt, wie ein Teil der Menschen aus dem Lager der intellektuellen Kreise für uns zu gewinnen wäre, die heute noch zum Bürgertum gehören, obwohl sie längst proletarisiert sind. Im Augenblick ist alles bedroht, was auf dem Gebiet der Kultur- und Schulpolitik bisher errungen worden ist, durch die jegliche Zusammensetzung des Reichstags. Die Vertikalisierung der Schule, die neunjährige höhere Schule, die Durchbrechung der vierjährigen Grundschule wollen die Rechtsparteien und das Zentrum. In der Bedrohung der freibeitlichen Entwicklung des Schulwesens scheint mir eine außerordentliche Gefahr zu liegen, die um so bedenklicher ist, weil das Interesse weiter Parteitreife für diese Dinge nicht besteht. Diese Fragen werden als Lehrerfragen behandelt, während sie

Fragen der gesamten Parteigenossen darstellen. Unsere Gegner von rechts haben die ungeheure Bedeutung der Gewinnung der Jugend erkannt. Die jungsozialistischen Kreise werden von uns nicht genügend beachtet, oft auch, weil sie theoretisch sind, mit einem Lächeln abgetan. Es ist nicht allein mit dem Gedanken der Republik in unserem Kampf getan, sondern es handelt sich um die kulturelle Einstellung, die für die Jugend so wichtig ist.

Wenn wir den Blick vorwärts richten und die Kreise gewinnen wollen, die bei der Wahl zur Nationalversammlung als Mitläufer zu uns gekommen sind, so müssen wir die Betrachtung der Ideale, die die Jugend heute in sich birgt, in den Vordergrund stellen neben der Verteidigung der heutigen Staatsform. Sobald wir den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit auf der einen Seite, an den auch bei der Bodenfrage anzuknüpfen ist, und auf der anderen Seite die Fragen der Kultur- und Schulpolitik und der sozialen Gemeinschaft in den Vordergrund rücken, können wir diese Kreise gewinnen. Während wir uns im Richtungsstreit bewegen, suchen die Rechtskreise die Jugend für sich zu gewinnen und hierdurch die Streiter heranzuziehen, die sie für ihre verführerischen Zwecke gebrauchen. Es darf uns also die Führungsnahme mit der Jugend nicht verlorengehen, damit wir die große Partei der Zukunft aufrichten können. Wir müssen mit der sozialistischen Lebensführung, die mehr als je heute nötig ist, schon beim Kind beginnen, weil nur so die sozialistischen Menschen heranwachsen, die wir dringend für die Eroberung der Republik und der Gesellschaft brauchen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Kritik-München: Die Kritik an den Reichstagswahlen ist nicht abwegig, weil wir daraus lernen sollen und mit ihr nicht Streit und Opposition bezweckt ist. Man hätte einen günstigeren Ausfall der Wahlen in Bayern erwarten können, weil wir seit langem eine vollkommen deutschnationale Regierung am Ruder haben. Unsere Fraktion im Landtag hat keine Dummheiten gemacht, weil sie sie nicht machen konnte, sie war ständig in die Opposition gedrängt. Neben dem Anwachsen der völkischen und kommunistischen Stimmen fällt die prozentual große Anzahl der Wähler auf, die nicht zur Wahl gegangen ist. Darin liegt die Ursache für den schlechten Wahlausfall. Er ist hervorgerufen durch das Verlagen der Reichsregierung gegenüber der Reaktion, vor allen Dingen der bayerischen Reaktion, die die Avantgarde der deutschen Reaktion überhaupt bildet. Nach meinem Ueberblick haben die Arbeitermassen durchaus ein gutes Verständnis für Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der jetzigen politischen und wirtschaftlichen Situation. Sie haben es aber nicht verstanden, daß gegen die Rätereierung mit Waffengewalt vorgegangen worden ist, der Reaktion in Bayern aber bis zur Sprengung der Reichseinheit entgegengekommen wurde, so daß es nur einem Zufall zu verdanken war, daß nicht am 1. Mai Tausende von Arbeitern auf der Strecke blieben, getötet von den Geschützen und Gewehren, die die illegalen Organisationen von der Reichswehr hatten. Der Sündenfall begann damit, daß der bayerischen Regierung bei der Uebernahme der materiellen Bestimmungen des Republik-Schutzgesetzes die Justizhoheit verblieb. (Sehr richtig!) Sachsen und Thüringen sind die letzten Konsequenzen des Verlagens unserer Politik. (Sehr richtig!) Die Wähler in Bayern fanden bei uns nicht den freien Luftzug der Geschichte, sondern die Stülpst des politischen Kleinhandels. Man hat für dieses Verlagen meist die außenpolitische Konstellation herangezogen. Wir hätten längst mehr Vertrauen im Ausland und wären in der Reparationsfrage weiter, wenn unsere Politik nicht gegenüber der inneren Reaktion versagt hätte.

Achtung vor den geistigen Problemen, die Hilferding verlangte, habe ich bei der Debatte über den Vorstandsbericht nicht bemerkt. (Sehr richtig!) Politische und wirtschaftliche Erörterungen und Wertungen waren zwar

nicht gerade in einer Zeit möglich, in der jeder Tag neue Erscheinungen und Lausachen brachte. Aber wie hier auf dem Parteitag, so ist es im ganzen Reich: ein unaufhörliches Ausweichen vor den Problemen und reine Einstellung auf die Erhaltung der Organisation. Sicher braucht eine große Partei eine starke Organisation, aber das ist doch nicht alles, wenn der politische Wille zum Sozialismus dieser Organisation fehlt. Liebe hat schon ausgesprochen, das Gefühl müsse mitsprechen, und gerade das haben die Massen nicht gefunden. In Süddeutschland hat Hitler gerade durch seine leidenschaftliche und suggestive Art viel unter seinen Bann gebracht. (Widerspruch.) Das haben die fränkischen Genossen ja auch gesehen, nachdem sie den Wolf ins eigene Land bekamen. Die Masse hungert noch etwas, was sie fortreibt, nach Begeisterung und Glauben. (Sehr richtig!) Wir müssen die Masse mit dem Glauben an den Sozialismus erfüllen. Das geschieht aber nicht durch die Verhinderung jeder Opposition und Kritik.

Achtung vor den Problemen setzt Achtung vor der Anschauung des andern voraus. Das erscheint mir als das wichtigste unserer Zukunftsaufgabe: Die Erziehung der zum politischen Leben erwachten Massen und Intelligenz zu unseren Zielen, zur Bertiefung ihrer wirtschaftlichen und politischen Einsicht. Wir müssen deshalb auch die kulturellen Ansätze in unseren eignen Reihen fördern, die im Klassenkampf zutage gefördert worden sind. Gewiß müssen wir den Anschluß an die großen kulturellen Strömungen haben, aber wir müssen sie erfüllen und ergänzen mit dem wertvollen, das durch die Wogen des Klassenkampfes aus dem Jungbrunnen aller Völker, aus der Masse gehoben worden ist. Wir müssen dafür sorgen, daß die großen Probleme des Sozialismus den jungen Köpfen näher gebracht werden, müssen auch die Masse der proletarisierten Studenten zu erfassen suchen, wir müssen in die Breite streben, aber auch in die Tiefe schürfen, um das reine Gold des Idealismus zu heben. (Bravo! und Händeklatschen.)

Saube-Leipzig: Hilferding hat mit Recht das Sachverständigengutachten in den Mittelpunkt des Referats gezogen. Die Stellungnahme der Partei dazu scheint mir von dem großen historischen Gesichtspunkt aus getragen werden zu müssen. Ich stimme Hilferding restlos zu, daß wir immer im Zusammenhang mit der großen lebendigen Masse bleiben müssen und ihr nicht Dinge zumuten können, die sie nicht begreifen kann. Ich verweise auf die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volks während des Ruhrkampfes. Es handelte sich damals, wie wir nunmehr aus historischer Perspektive klar erkennen, um die große Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Kapital in Deutschland. Das Kapital hat zerbissen durch das Mittel der Inflation die Kampfkraft der Arbeiterklasse gebrochen. Das war das innerpolitische Ergebnis der Ruhraktion. Im europäischen Sinne war der Ruhrkampf die Auseinandersetzung in der Führung der ganz Europa beherrschenden Monopole. Außenpolitisch war das Ende dieses Kampfes die Niederlage des deutschen gegenüber dem französischen Kapital, und das Sachverständigengutachten ist die Formulierung der Friedenspräliminarien. In den letzten Tagen hat gerade die Schwerindustrie ihren Einfluß während der Regierungsbildung dahin geltend gemacht, daß sich auch die Deutschnationalen für die Zustimmung zu dem Sachverständigengutachten und die zu bildende Regierung erklären sollten.

Sie haben das mit ganz bestimmtem Vorbedacht getan. Jetzt wird eine Befriedung Europas kommen durch die Konzentration der kapitalistischen Mächte Europas im Kampf gegen das Proletariat, und wir werden im Vordergrund dieses Kampfes stehen. Das wird an unsere Partei ganz besondere Anforderungen stellen. Hilferding erklärte mit Recht, auch die Kommunisten werden um die Befreiung des Proletariats nur auf dem Boden der sozialdemokratischen

Partei kämpfen können. Aber wir müssen dann auch eine Politik treiben, die nicht Tausende von Proletariern in diejenigen Kreise abtreibt, die die Zerspaltung systematisch betreiben.

Hilferding hat auf die Inauguraladresse verwiesen. In dieser Adresse find auch die Grundlagen vorgezeichnet, die für uns gelten müssen, wenn wir in der kommenden Auseinandersetzung der Kräfte bestehen wollen. Marx hat darauf hingewiesen daß diese Außenpolitik in sozialistischem Sinne nur durch starke proletarische Organisation getragen sein kann. Wenn wir uns als Marxisten bezeichnen, müssen wir marxistische Politik treiben in dem wissenschaftlichen Sinne von Marx und dürfen uns nicht auf eng beschränkte Ziele einstellen wie im vergangenen Jahre. Dadurch sind uns Tausende von Proletariern verloren gegangen. In dem Augenblick, wo in England ein Arbeiterkabinet regiert und die Sozialisten in Frankreich eine hervorragende Stellung eingenommen haben, wo die Voraussetzungen für eine günstige Lösung der außenpolitischen Probleme vorhanden sind, haben wir in Deutschland eine verhängende Niederlage erlebt. (Widerspruch.) Wenn Hilferding von der Tragik der Franzosen sprach, müssen wir von der Tragik der Deutschen sprechen. Die tragischen Fäden haben sich geknüpft, weil wir nicht im Sinne der Inauguraladresse eine Politik weiter Sicht getrieben haben, sondern die großen historischen Linien außer acht gelassen haben, von denen Marx immer gesprochen hat. (Beifall.)

Löbe-Breslau: Unsere heutige Forderung, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten soll, darf nicht wieder eine platonische Liebeserklärung bleiben. Beim Zusammentreten des Plenums des Völkerbundes im September muß der deutsche Antrag vorliegen. Alle Freunde Deutschlands in der Welt, Sozialisten, Demokraten, Fortschrittler, mühen sich seit 3 Jahren ab, bei uns die Stimmung dafür zu schaffen, daß wir dem Völkerbund beitreten. Deshalb muß Stresemann vor die Frage gestellt werden, ob er bereit ist, solchen Antrag bis zum September einzureichen. Vielleicht könnte man durch solche Anfragen, wie sie im englischen Parlament üblich sind, unser verrochnetes parlamentarisches Leben auffrischen. Die Anregung dazu ist schon vom Genossen Crippien im Aeltestenrat gegeben worden.

Ich möchte noch auf einen Antrag hinweisen, den wir über die Frage der kulturellen und bildungspolitischen Arbeit in den Parlamenten gestellt haben. Wir dürfen die Gefahr nicht übersehen, daß diejenigen schul- und bildungspolitischen Fragen, die wir nach der Verfassung endlich auf das Reich übertragen glauben, dem Reich abgenommen und auf die Länder abgewälzt werden. Zahlreiche Kräfte sind am Werke, um diese Dinge wieder den Ländern zu zuschieben, um die Fortschrittsfeindschaft und das Muckertum sich auswirken zu lassen. Der Antrag soll die Parteiöffentlichkeit aufmerksam machen und die Reichstags- und Landtagsfraktion darum eruchen, diesen Bestrebungen entgegenzutreten und die kulturpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie im Reich verwirklichen zu lassen. (Beifall.)

Vorsitzender Dittmann: Der Antrag, den Genosse Löbe begründet hat, lautet:

Der Parteitag wendet sich mit Entschiedenheit gegen die neuerdings in verstärktem Maße auftretenden Bestrebungen, das deutsche Schulwesen und darüber hinaus die gesamte Kulturpflege zu zerspalttern durch den Versuch, die Mitwirkung des Reiches zugunsten der alleinigen Zuständigkeit der Länder auszuschalten. Die deutsche Sozialdemokratie bekennt sich auf dem Gebiete der Kulturpolitik zum Gedanken der deutschen Einheit, mit dem die

Wahrung berechtigter landwirtschaftlicher, heimlicher und volkstümlicher Besonderheiten durchaus vereinbar ist. In diesem Sinne erwartet sie von den Sozialdemokraten im Reichstage und in den Landtagen sowie in den Regierungen, die Aufrechterhaltung und Durchführung der kulturpolitischen Bestimmungen der Weimarer Verfassung.

Dittmann-Stuttgart: Die Partei und die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren einen Aktivposten aufzuweisen, der in der Außenpolitik zu suchen ist, indem es den gemeinsamen internationalen Bemühungen gelungen ist, der Verständigung und dem Zusammenarbeiten der Völker die Wege zu ebnen. Das Sachverständigengutachten entspricht nicht dem, was wir wünschen. Wir sind für keine Annahme eingetreten, weil uns kein anderer Weg bleibt, um aus den gegenwärtigen unhaltbaren wirtschaftlichen Zuständen herauszukommen. Doch die Bedenken können bei Annahme der Gutachten nicht im Hintergrund verschwinden. Gegenüber dem zahlenmäßigen Vergleich in bezug auf die deutsche Leistungsfähigkeit im Verhältnis zur Vorkriegszeit habe ich große Bedenken, weil die Dinge heute viel schwieriger liegen als in der Vorkriegszeit. Es ist auch zu bedenken, ob die deutsche Wirtschaft das tragen kann, was nach dem Gutachten in einer Leistung von 2500 Millionen Goldmark aufzubringen ist. Das ist nur möglich, wenn es gelingt, durch die Annahme des Gutachtens ein weltwirtschaftliches, vernünftiges Zusammenarbeiten herbeizuführen, so daß die deutsche Wirtschaft sich hebt und solche Leistungen durchführen kann. (Sehr richtig!) Die deutsche Wirtschaft kann zweifellos heute mehr produzieren, als in der Vorkriegszeit. Das Großkapital hat einen Teil seiner Riesengewinne angelegt, um die Produktionsanlagen gewaltig zu erweitern. Ob sie aber diese Anlagen vollständig ausnutzen und die Waren auf dem Weltmarkt absetzen kann, scheint mir eine andere Frage zu sein.

Hilferding hat auf die Kreditnot hingewiesen. In den letzten Wochen bekommen wir aus allen Teilen des Landes die Mitteilung, daß die Unternehmer wieder starke Arbeiterentlassungen vornehmen, Kurzarbeit einführen und Betriebe stilllegen. Das stimmt sehr ernst. In der nächsten Zukunft wird die deutsche Wirtschaft noch gewaltige Krisen durchmachen, und die deutschen Arbeiter werden noch Schweres durchkosten müssen.

Wer trägt die Lasten, wenn das Gutachten angenommen wird? Da wird der innerpolitische Kampf um die Verteilung der Lasten sich gewaltig zuspitzen. (Sehr richtig!) Auch darauf müssen wir uns einstellen. Ich bedaure, daß die Fraktion nicht dem Antrag der Minderheit stattgegeben hat, bei der Annahme des Gutachtens Bedingungen zu stellen, und die bürgerlichen Parteien vor die Frage zu stellen, wie sie sich zur Lastenverteilung stellen. Die Verhandlung, die uns die Mittelparteien haben zuteil werden lassen, ist so unwürdig, daß wir ihnen den Festbehandschuh hinwerfen müssen. Wochenlang haben sie unsere Partei beiseite gestellt und mit anderen verhandelt, um eine Koalition gegen die Sozialdemokraten zustande zu bringen. Erst nachdem das nicht gelang, kannte man wieder unsere Partei. Wenn die Lastenverteilung auf die Schultern des Proletariats abgewälzt wird, wird der Kampf im sozialen Ringen in Werkstätten und Fabriken zwischen Kapital und Arbeit ausgetragen werden. Die Worte des Genossen Hilferding enthalten die erste Mahnung, daß wir eine Politik betreiben müssen, die sich im Einklang mit dem Verständnis der breiten Massen befindet. (Lebhaftes. Sehr richtig!) Ich wünsche, daß diesen Worten auch die Tat folgen wird. (Lebhafte Beifall.)

Wenn der Klassen Gegensatz sich verschärft und die Partei ihre Politik auf das Vertrauen der breiten Massen einstellt, werden die Meinungsverschiedenheiten unter uns zurücktreten und dem gemeinsamen Ringen gegenüber dem Klassen-

gegner Platz machen. Das ist auch der Weg, um zur proletarischen Einigung zu kommen.

Wenn wir die Praktiken der KPD. von uns weisen, müssen wir eingedenk sein, daß wir es nicht allein mit Ruth Fischer, Scholem und Genossen zu tun haben, sondern mit den 4 Millionen kommunistischen Wählern. (Sehr richtig!) Das sind die proletarischen Wähler, die zu uns kommen müssen (sehr richtig!), die wir durch eine Politik des unversöhnlichen Klassenkampfes wieder für uns gewinnen müssen.

Es ist gesagt, daß jeder Funktionär die Beschlüsse der Partei zu verteidigen hat. Das ist richtig im Kampf dem Gegner gegenüber. Das schließt aber nicht aus, daß wir in der Partei das Recht haben müssen, bei Beschlüssen in der Politik, die wir für verhängnisvoll halten, in sachlicher Austragung in der Partei unserer Meinung Geltung zu verschaffen. Lassen Sie uns, Genossinnen und Genossen, in diesem schweren Ringen die Parteipolitik so ausgestalten, daß wir die Bannertägerin sind in diesem Klassenkampf, die alles um sich scharen muß. Der Parteitag soll ausklingen in dem Appell an die breiten proletarischen Massen: Wir wollen die Massen sammeln und vorwärts gehen, um der alten Partei wieder Geltung zu verschaffen: Es lebe die revolutionäre völkerbefreiende Sozialdemokratie! (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Clara Ziels-Breslau: Wenn gestern gesagt worden ist, daß die Neben der Opposition keine Ziele für die Politik der Zukunft bewiesen hätten, so hat Hilferding der Partei die Wege und Ziele gewiesen. Das ist als Gewinn des Parteitags zu betrachten. Zu dem Austräumen mit Konzessionen in innerpolitischen Fragen gehört auch die Ueberwindung der Rücksicht, die bisher von der Partei genommen worden ist, auf eine Einrichtung der Republik, aus der heraus Politik gegen die Republik gemacht worden ist. Wenn heute die Annahme des Gutachtens als die Grundlage für unsere auswärtige Politik bezeichnet worden ist, ist es für die Partei untragbar, daß eine Politik gemacht wird, die die Linien der offiziellen Politik der deutschen Republik stört. Ich denke an die Haltung von Angehörigen der Reichswehr und die Verbindung von Offizieren der Reichswehr mit illegalen Verbänden. Diese Verbindung ist eine Gefahr, da gerade diese Verbände der Hort des tiefsten Abscheus gegen die Annahme des Gutachtens sind. Wir müssen alles tun, um die Atmosphäre zu reinigen, um zu einer gerechten Würdigung aller Punkte zu kommen, die zur Annahme des Gutachtens führen müssen.

Wir können es nicht dulden, daß Angehörige der Reichswehr ihre Sympathien für illegale reaktionäre Verbände aussprechen. Am 12. Mai des vorigen Jahres haben wir in einem Artikel der „Breslauer Volkswacht“ den Reichswehrminister darauf aufmerksam gemacht, daß die prosozialisierenden Uebungen von selbstschußartigen Zusammenrottungen innerhalb der Provinz Schlesien die Duldung und die Sympathie des Reichswehrkommandeurs in Glogau gefunden haben. Wir haben den Reichswehrminister Gekler gefragt, wie er sich dazu stelle, daß ein Mann, der vor ganz kurzer Zeit noch bezahlter Agent von illegalen Selbstschußverbänden gewesen war, als Offizier in den Dienst der Reichswehr genommen wurde. Die „Breslauer Volkswacht“ ist vom Reichswehrminister verlagert worden. Obschon bis jetzt 13 Monate vergangen sind, ist der Prozeß nicht von der Stelle gekommen. Das ist der Beweis dafür, daß das Reichswehrministerium die Klarstellung dieser Vorwürfe zu scheuen hat. Wir haben die Pflicht, auf die Gefahr dieser gewaltpolitischen Tendenzen in der Reichswehr immerfort hinzuweisen, selbst wenn wir Landesverratsprozesse in einem noch viel größeren Umfange als bisher entfehlen. Es ist eine Aufgabe der Justizpolitik in der Partei, allgemein die Erkenntnis zu verbreiten, daß der Anflug der Landesverratsprozesse aufhören muß. Es kann nicht angehen, daß

man strafbar wird, wenn man auf eine Gesekwidrigkeit aufmerksam macht. Wir haben alle Veranlassung, für eine Reinigung der Reichswehr einzutreten, wenn schon ihre volle Beilegung in diesem Falle nicht diskutabel erscheint. (Beifall.)

Dr. Braun-Berlin: Die Opposition befindet sich in der schwierigen Lage, weil Genosse Hilferding eine ausgezeichnete Rede gehalten und Richtlinien für die Zukunft gegeben hat. Die „Opposition“ hat ihre Entschließung eingereicht, nachdem die Hilferdingische Resolution schon bekannt war. Ich möchte irgendetwas Unparteiischen einmal fragen, ob nach Einbringung der Hilferdingischen Resolution noch ein solches allgemeines Gerede notwendig war. Mit der Hilferdingischen Resolution werden wir bei Freund und Feind Eindruck machen; aber mit den allgemeinen Redereien von Liebmann, Krüger usw. werden wir nur den Eindruck erwecken, daß wir eine Phrasenpartei sind, aber keine Partei, die auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus steht.

Genosse Dismann hat uns hier in seiner kräftigen und in Volksversammlungen so glänzend geschulten Rhetorik allerlei darüber erzählt, wie die Lastenverteilung künftig sein wird. Das gleiche, nur viel klarer und deutlicher, hat Hermann Müller dem Reichstanzler Marx gesagt, wie im Reichstage unser Genosse Löbe in seiner glänzenden Rede, die hoffentlich in weite Kreise der Partei bringen wird. (Sehr richtig!) Genosse Dismann hat davon gesprochen, unsere Politik müsse von dem Gefühl und dem Verständnis der breiten Arbeitermassen begleitet sein. Das Verständnis der breiten Masse ist leider oft nicht so groß, wie wir es wünschen. Es ist die Aufgabe der Führer der Partei, das Verständnis der breiten Masse zu steigern.

Genosse Dismann hat auch von der kommunistischen Partei gesprochen. In einem können wir von der kommunistischen Partei lernen, nicht zuletzt der Genosse Dismann, nämlich darin, innere Streitigkeiten nicht immer in größter Öffentlichkeit auszutragen. Innerhalb der kommunistischen Partei bestehen weit mehr Differenzen als innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. Aber erfahren Sie aus den kommunistischen Zeitungen und Versammlungen davon kaum jemals etwas?

Ich habe mich zum Wort gemeldet, um zur Frage des Agrarprogramms einiges zu sagen. Der Referent über die Agrarpolitik ist von dem Gedanken ausgegangen, daß die Sozialdemokratische Partei ihre Wurzel in der Wahrnehmung der Rechte und der Interessen der Bodenarbeiter haben müsse. Das ist eine ganz allgemeine Redeweise. Wir treten selbstverständlich für alle Arbeiter ein, auch für die Bodenarbeiter. Meines Erachtens müssen wir davon ausgehen, daß die Landwirtschaft so eingerichtet werden muß, daß sie die ganze Bevölkerung ernähren kann. Die Landwirtschaft muß national und international in sozialistischem Sinne so organisiert werden, daß Ernährungsschwierigkeiten nicht eintreten können. Von diesem meiner Meinung nach einzigen sozialistischen Gedanken ist bisher die Betrachtung unserer Agrarpolitik nicht ausgegangen. Der Referent hat sich auf das „ausgezeichnete Buch von Dr. David“ berufen und hat gesagt: das ist das Buch der Sozialdemokratie. Es gibt noch viele andere Bücher von Sozialdemokraten über die Agrarpolitik, und Genosse David wird sicher nicht der Meinung sein, daß sein Buch allein das Buch der Sozialdemokratie sei.

Es ist weiter gesagt worden, Karl Marx habe in der Beurteilung der landwirtschaftlichen Verhältnisse und ihrer Entwicklung unrecht gehabt. Wenn im 16. Jahrhundert jemand Phantasien über Siemens-Schuckert-Werke, Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Stahlruß, Transatlantische Schiffsahrtverbände usw. geäußert hätte, dann hätte man auch gesagt: der Mann versteht das Handwerk, die Kunst, die Grundlagen unserer gewerblichen Arbeitsweise nicht. Welch kurze Zeit ist, weltgeschichtlich betrachtet, verfloßen, seitdem die technisch-indu-

strielle Revolution eingesetzt hat? Die Wahrscheinlichkeit spricht doch dafür, daß wir infolge der ununterbrochenen Steigerung der Bevölkerung zu ganz anderen Methoden der Bodenbearbeitung und Bodenverteilung kommen müssen, die notwendigerweise in weit kürzerer Zeit als in Jahrhunderten die europäische und amerikanische Landwirtschaft völlig umstürzen müssen.

Der Referent hat davon gesprochen, die Statistik beweise, daß die Anzahl der landwirtschaftlichen Eigner ununterbrochen steige. Die letzte landwirtschaftliche Statistik, die wir haben, ist meines Wissens die von 1895. Als der Fragebogen für diese Statistik erschienen war, habe ich, ich glaube in der „Neuen Zeit“, sofort darauf hingewiesen, daß dieser Fragebogen die tendenziösesten Antworten herausfordere. Ich habe damals geschrieben: Wahrscheinlich wird jeder, der in Deutschland einen Blumentopf besitz, als ein landwirtschaftlicher Eigner statistisch erfaßt werden, nur damit die preussische Regierung die Möglichkeit hat zu sagen, daß wir in einem Agrarstaat leben, infolgedessen Staatsregierung und Dreiklassenparlament hauptsächlich agrarische Interessen zu vertreten haben. Bevor man mit einer Statistik operiert, muß man sehen, wie sie geworden ist. Die deutsche landwirtschaftliche Statistik ist eine der tendenziösesten Statistiken, die es überhaupt gibt.

Nun wird gewünscht, daß wir eine Kommission für die landwirtschaftlichen Fragen wählen. Ich möchte davor sehr warnen. Wir haben schon sehr viele Kommissionen mit ähnlichen Aufgaben gehabt. Wir haben eben in Deutschland keine einheitliche Landwirtschaft, keine einheitliche Besitzverteilung, keine einheitlichen Arbeitsverhältnisse, sondern die größte Mannigfaltigkeit. Infolgedessen können wir kein einheitliches Agrarprogramm aufstellen.

Viel wird über die jetzigen Steuern der Landwirtschaft geklagt, sicherlich mit einem gewissen Recht. Aber das Recht verwandelt sich sofort in ein Unrecht, wenn wir erkennen, daß die vor dem Kriege außerordentlich intensive deutsche Landwirtschaft zu einer extrem extensiven Landwirtschaft geworden ist. Die aus dem Kriege heimkehrenden Landwirte haben die Preise ausgenutzt, um ihre Hypotheken abzudecken, nicht aber um ihren Boden zu verbessern und um ihr Inventar auszugestalten. So sind sie ihre Hypotheken losgeworden, bekommen aber in der Geldnot von heute keine neuen Hypotheken, die der Ertragsfähigkeit des Bodens zugute kommen sollen. Infolgedessen sind sie in einer sehr schwierigen Situation. Wenn in der Landwirtschaft eine schwere Not besteht, sind die Bodeneigner in höchstem Maße selbst daran schuld.

Wenn wir von der Landwirtschaft und von der Beschäftigung der Arbeitslosen reden, wird viel davon gesprochen, wir sollten doch die Moore urbar machen. Das ist meiner Meinung nach eine große Oberflächlichkeit. Die Moore sind das große Reservoir für die Beregnung des Landes. In den Mooren wird das Wasser sofort vom Boden aufgesaugt, so daß es nachher Wald und Feld besfruchten kann. (Widerspruch.) Zum Beweise will ich aus einer Reisebeschreibung über Brasilien, die ich in diesen Tagen gelesen habe, folgende interessante Stelle verlesen:

Auf der Heimreise konnte ich mich in der brasilianischen Provinz Sao Paulo von den Schäden einer sinnlos ausgeführten „Kultur“ überzeugen. Dieses einst herrliche, mit einem das ganze Jahr hindurch gleichmäßig warmen Klima begabene Waldgebiet hatte die idealsten Kaffeepflanzungen gezeitigt. Die blinde Fahgier der Hacendados entwaldete aber immer mehr, bis allmählich das Klima derart verändert worden ist, daß jetzt die Kaffeepflanzen alljährlich erfrieren und so große Strecken schon verlassen, öde und wüst liegen. (Ich gedenke hierbei unseres eigenen Vaterlandes. Wenn wir die „Kultivierung“, das sinnlose Abholzen der Wälder und Trockenlegen aller Sumpfbereiche

weiter so fortführen, wird es diesem einst ebenso ergehen. Die Natur läßt sich nun mal nicht ungestraft vergewaltigen.)

Ähnlich hat sich ein Botaniker der Berliner Universität in diesen Tagen geäußert. Die Sozialdemokratie, die nicht mit Rücksicht auf Stimmungen arbeitet, die an die Zukunft, an die Erhaltung und Entwicklung der Wirtschaft denken muß, muß sehr vorsichtig sein, wenn es sich um derartige Maßnahmen handelt.

Gewiß gibt es kaum eine größere, vorurteilsloses und umfassendes Studium erfordernde Aufgabe, als die Stellung der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft. Aber es gibt auch keine schwierigere Aufgabe, wir sollten diese Aufgabe nicht so leicht nehmen, wie es bisher gesehen ist. (Beifall.)

Frau Dr. Stegmann-Dresden: Es war anerkennenswert, daß Genosse Hilferding in seinem Referat über die Reichstagswahlen uns den wirtschaftlichen und politischen Boden gekennzeichnet hat, aus dem alle Dinge hervorgegangen sind. Lassen Sie mich einige Worte über etwas sagen, was für uns außerordentlich wichtig ist und was meines Erachtens bisher sehr stark vernachlässigt worden ist. Ich meine die innigen Beziehungen, die unlöslichen Wechselwirkungen zwischen dem Wirtschaftlichen und dem Politischen. Genosse Hilferding sagte, es wäre erstaunlich, welche Welle des Hasses dem Marxismus gerade in dem Augenblick entgegenschlage, in dem die von Marx gekennzeichneten Bedingungen für das Uebergehen der Macht an die proletarische Klasse vorhanden sind. Das ist nicht erstaunlich, es ist nur ein Symptom; es beweist nur, daß die Kapitalistenklasse die Situation erkannt hat. Genosse Hilferding hat vom Festhalten am Klassenkampf gesprochen, aber in einer Weise, als ob er hätte ausdrücken wollen, das sei kein Programm, das allein genüge, es sei armselig, sich immer nur darauf zu berufen. Es kommt ganz darauf an, wie man den Klassenkampf versteht, und bereit ist, dieses Programm durchzuführen. Der Klassenkampf ist immer noch die Quelle, aus der unsere Kraft hervorgehen muß und das Licht, das die Dinge, die in der Zukunft liegen, erhellt. Heute haben wir internationale industrielle Konzerne, ungekrönte Könige, die überall, in Republiken und Monarchien die Fäden der Regierung in der Hand haben. Wir haben hier wiederholt von Stinnes gesprochen und interessante Dinge von ihm erfahren. Aber wir haben damit nur einige Seiten dieses interessanten Komplexes erkennen können; wir haben nicht den ganzen Komplex Stinnes erfaßt. Der Stinnes, von dem gesprochen wurde, ist tot. Der Komplex Stinnes, der überpersönliche Stinnes lebt, das Konzern Stinnes lebt. Es ist interessant, zu wissen, was der hervorragende französische Nationalökonom Daisi von diesem Konzern Stinnes sagt. Er sagt: der Stinneskonzern als Besitzer der Ruhrkohle, als Besitzer von Eisenbergwerken in Spanien und Schweden steht im Interessengegensatz zu einem französischen Konzern, der ebenso international ist wie Stinnes, zum Konzern de Wendel. Daisi zeigt den ganzen Kampf, der sich zwischen Stinnes und de Wendel abgepielt hat und geht so weit, daß er erklärt: der ganze Ruhrkonflikt war ein Duell zwischen diesen beiden Konzernen; das Ziel war Stahl; für diesen Stahl, den Stinnes fabriziert, hat er sein Abfahrgelände in Argentinien und in allen anderen Ländern; schon während des Krieges hat er für diese Abfahrgelände auf dem Umwege über die Schweiz französisches Kapital mobil gemacht. Im ganzen ist die Welt eingeteilt in die Delinteressen und in die Stahlinteressen, und der Kampf geht zwischen diesen. Während unsere Arbeiter an der Ruhr den passiven Widerstand machten, haben sie die Geschäfte des Stinneskonzerns besorgt.

Genosse Hilferding sprach vielleicht etwas leichthin von der „dummen deutschen nationalen Romantik“. Wenn Sie bedenken, was hinter dieser Romantik steht, dann werden Sie begreifen, daß man sie lieber vorher ernst nehmen soll

als nachher, wenn das Unglück geschehen ist. Hinter dieser deutschen Romantik brodeln die Leidenschaften, die durch die Interessen der Stahl- und Deilmagnaten, der großen Industriellen aufgewühlt sind und fortgesetzt genährt werden.

Genosse Hilferding war in bezug auf den Ausgang der Reichstagswahlen optimistisch. Es ist sehr schön, optimistisch zu sein, wenn es bedeutet, daß man allem, was da kommt, mutig entgegengeht. Wenn aber dabei die Gefahren unterschätzt werden, dann hört dieser Optimismus auf, schön zu sein. Wir können nicht verkennen, daß die Sozialdemokratie sich in einer schweren Krisis befindet. Wenn man davon spricht, es sei doch sonderbar, daß wir gerade in einer Zeit, in der England und Frankreich Fortschritte im Sozialismus machen, in Deutschland diese Krisis zu verzeichnen hätten, so verkennt man ganz bestimmte Realitäten. Diese Krisis kann in der französischen und englischen Sozialdemokratie noch gar nicht vorhanden sein. In der deutschen Sozialdemokratie muß sie sein. Sie kommt daher, daß wir dem Endkampf gegenübergestanden haben und daß wir in diesem Endkampf gescheitert sind. Wir müssen daraus die Lehre ziehen, daß wir den Endkampf gegen den Kapitalismus wieder aufzunehmen haben.

Ferner hat Genosse Hilferding davon gesprochen, was mir ganz besonders nahegeht, wir wären vielleicht in der Beurteilung der Kriegsurfachen zu wissenschaftlich gewesen. Diese Kritik erscheint berechtigt in Anbetracht, daß im Krieg die Wissenschaft überhaupt Schiffbruch gelitten zu haben scheint. Und doch muß unbedingt gesagt werden, daß man überhaupt nicht zu wissenschaftlich sein kann. Wir müßten sonst an das Wort des Mephisto erinnern: „Berachte nur Vernunft und Wissenschaft, des Menschen allerhöchste Kraft, so hab ich dich schon unbedingt!“ Die soziale Wissenschaft muß nach wie vor unsere Führerin sein. Das ist sie aber nur dann, wenn sie im Zusammenhang mit dem lebendigen Zentralpunkt, dem Herzen und der Rot des Proletariats steht. Dieser Zentra punkt ist der Gegensatz zwischen Unterdrückten und Unterdrücker. Von diesem Kernpunkt aus kann die soziale Wissenschaft nicht zu wissenschaftlich sein. Sie ist es nur dann, wenn sie ohne Zusammenhang mit dem lebendigen Leben sich an der Peripherie betätigt, wo bürgerliche Ideologien hineinspielen. Dann entwickelt sich die Blutarbeit, die wir Intellektualismus nennen. Dieser Intellektualismus macht die Wissenschaft unerschöpflich.

Edel-Dresden: Im Herbst 1923 sprach Hilferding, der Sozialismus befindet sich in der ganzen Welt auf der absteigenden Linie. Der Sieg der englischen Arbeiterklasse und der französischen Sozialisten hat ihn bald Lügen gestraft. Die proletarischen Kräfte in Deutschland haben sich auch besser schlagen können, als Hilferding gewissagt hat. Aus dieser fatalistischen Einstellung des wissenschaftlichen Beraters der Partei erklärt sich manches, was die Kritik der Parteigenossen im vergangenen Jahr auslöste. (Sehr richtig!) Die sächsische Partei verlangt fast einmütig eine klassenmäßig geführte Politik.

Dann aber muß auch die Kritik unterlassen werden, die im „Vorwärts“ an der Leitung der sächsischen Partei geübt wird, die von jungen Schullehrern und Redakteuren geführt sein soll. (Sehr richtig!) Wir können wenigstens mit Befriedigung feststellen, daß der Bezirk Ostschlesien mit diesen jungen Lehrern und Redakteuren sechs Reichstagsabgeordnete entsenden konnte. Ich hätte das auch von andern Bezirken gewünscht.

Wenn uns das Verständnis abgesprochen wird, weil wir nicht staatspolitisch genug eingestellt seien und keine Regierungsweisheiten besitzen, so sollten wir lieber weniger staatspolitisch und mehr rigoros ja brutal im Interesse der Arbeiterklasse sein. (Sehr richtig!) Die Früchte dieser staatspolitischen Einstellung sollten schrecken. Es besteht die Gefahr, daß bei der Durchführung des Sachverständigengutachtens schwere soziale Kämpfe entbrennen. Wir sind in die

Opposition hineingeprügelt. Die Bürgerlichen verstehen die Macht auszunutzen. Deshalb mehr Egoismus im Interesse der Arbeiterklasse. Es gilt aufzubauen, damit wir endlich überhaupt erst soziale Auseinandersetzungen im Interesse der Arbeiterklasse wagen können. (Bravo! und Händeklatschen.)

Dr. Breitscheid-Berlin: Die Ausführungen, ob die aggressivere und weniger aggressive Methode einen größeren oder geringeren Erfolg bei den Reichstagswahlen erzielt haben, halte ich im Augenblick nicht für zweckmäßig. Die „Opposition“ will anscheinend die zu einem früheren Tagesordnungspunkt gehörigen Reden auch heute noch halten.

Das Referat von Hilferding veranlaßt mich, auf die auswärtige Politik und das Sachverständigengutachten nochmals einzugehen. Ich bedauere die Kürze der Redezeit, nicht um meinetwillen, sondern um anderer willen, insbesondere habe ich dadurch die Anregungen von Levi nicht entwickeln können und es ist so verhindert worden, daß wir die positive Zielsetzung und Politik von ihm erfahren konnten, die er an die Stelle derjenigen setzen will, die Hilferding vertreten hat. Levi nimmt genau so gut wie wir das Sachverständigengutachten an, behauptet aber, wir täten dies aus anderen Motiven. Den Beweis hierfür ist er schuldig geblieben. Er begrüßt das Sachverständigengutachten, weil die Bourgeoisie zum Zuhlen gezwungen werde und die Konsequenzen aus dem kapitalistischen Kriege ziehen müsse. Auch für uns ist dieses Motiv von ungeheurer Bedeutung, und wir sagen weiter, daß das Sachverständigengutachten jetzt angenommen werden muß, weil einzig und allein dadurch eine Befriedung Europas in dem heute überhaupt möglichen Rahmen erreicht werden kann. Man sollte sich also nicht über Motive unterhalten, sondern die Tatsachen nehmen wie sie sind. Ich bedauere deshalb auch, daß eine gesonderte Resolution eingebracht ist, die im wesentlichen Kern nichts anderes als die Resolution Hilferding enthält, deren Einbringung aber den Eindruck erweckt, es beständen tiefergehende Meinungsverschiedenheiten, die ich nicht sehe. Zweckmäßig würde also diese Resolution zurückgezogen, um einen einheitlichen Willen nach außen zum Ausdruck zu bringen.

Dißmann hat bedauert, daß die Fraktion ihre Zustimmung zum Sachverständigengutachten nicht an Bedingungen geknüpft hat. Wäre das geschehen, dann wäre das Kabinett Marx wahrscheinlich nicht zustande gekommen, sondern eine deutschnationale Regierung mit Unterstützung der Mittelparteien. Das Sachverständigengutachten wäre also überhaupt nicht oder nur in einer Verkäuflichkeit angenommen worden, die eine positive Beantwortung der neben dem Sachverständigengutachten herlaufenden Fragen durch die Franzosen und Engländer in unserm sozialistischen und demokratischen Sinn unmöglich machte.

Es wurde gesagt, es gehöre zum Klassenkampf, daß solche Bedingungen formuliert würden: Es gibt einen Satz: das Moralische versteht sich von selbst. Wir sollten allmählich dahin kommen, daß sich der Klassenkampf für die Sozialisten und die Sozialdemokratische Partei von selbst versteht und nicht notwendig bei jeder Gelegenheit im Munde geführt zu werden braucht. (Sehr richtig!) Auch dieser Begriff kann zu einer Probe werden, vor der kein Gegner mehr Respekt besitzt. Jeder, der sich zum Sozialismus bekennt, ist ein Bekenner der Idee des Klassenkampfes. (Sehr gut!) Ich bestreite es, daß das, was von der Opposition den andern zum Vorwurf gemacht wird, ein Abweichen von Sinn und Geist des Klassenkampfes bedeutet. Es handelt sich höchstens um eine verschiedene Auslegung des Wortes, des Begriffs und der Idee. Wenn Edel uns die staatspolitische Einstellung zum Vorwurf machte, so wird niemand Laßalle, der sehr stark staatspolitisch eingestellt war, vielleicht mehr als die heutige Sozialdemokratie, ein Abweichen vom Gedanken des Klassenkampfes vorwerfen können. Wir stehen im Staat durch unseren Einfluß

bald in der Opposition, bald in einer Regierung, und suchen unsere Macht im Interesse der Klasse der Arbeiterchaft zu verstärken. Wir treiben damit einen Klassenkampf, der an Wert durchaus nicht hinter dem zurücksteht, der immer das Wort im Munde führt und fordert, daß wir zu allen Zeiten gegen jede Regierung in der unbedingtesten Opposition stehen müßten.

Es ist nicht richtig, daß das Sachverständigengutachten den Sieg des französischen Kapitals über das deutsche bedeute. Großen Teilen des französischen Kapitals war dieses Sachverständigengutachten durchaus unangenehm. Wenn sich heute Frankreich auf den Boden dieses Gutachtens stellt, und zwar rückhaltlos, dann deshalb, weil der Sozialismus und die linke Demokratie in Frankreich bei den Wahlen den Erfolg davongetragen haben. Ist das der Sieg des französischen Kapitalismus, wenn dieses Gutachten von den antikapitalistischen französischen Elementen gestützt wird? Wir dürfen uns nicht in eine Politik hineintreiben lassen, die eine gewisse Ähnlichkeit mit der der deutschnationalen besitzt, die über diese Aenderung im Grunde ihres Herzens erbotet sind, weil ihr Poincaré von gestern hundertmal lieber ist als Herriot von heute.

Die Bedeutung des Sachverständigengutachtens und die Möglichkeit der Annäherung liegt in erster Reihe darin, daß die internationale Situation entgiftet wird und wir nicht mehr in den außenpolitischen Fragen unter dem Druck stehen, den das Ausland auf uns ausübt, sondern, daß wir über diesen Nationalismus hinwegzudenken vermögen, daß der Zwang zu einer gemeinsamen Front gegen den internationalen Kapitalismus unter Umständen auch einmal mit Bürgerlichen in Deutschland aufgehoben wird und wir uns mit größerer Klarheit gegen unsern eignen Nationalismus und Kapitalismus wenden können. (Anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Peus-Dessau: Das Referat Helling hat die Aufmerksamkeit des Parteitag nicht genügend erregt, weil vielen die Dinge leider zu fern stehen, weil wir zu sehr noch eine Partei nur der Industriearbeiter sind. Wir brauchen eine Organisation der Kleinbauern. Für die Arbeit in Stadt und Land ist vor allen Dingen ein neues Bodenrecht notwendig, das im Artikel 155 der Reichsverfassung angefügt ist, aber mit dem Bewußtsein der meisten Parteigenossen noch im Widerspruch steht, und zwar sehr zu Unrecht. Dieser Artikel der Reichsverfassung muß nicht nur anerkannt, sondern auch durchgeführt werden. Dazu gehört die Einführung der Grundwertsteuer an Stelle der Grundvertragssteuer. Die Einführung der großen Wertsteuer erzeugt das Staatseigentum an Grund und Boden, während die Grundvertragssteuer eine Steuer vom Einkommen darstellt. Deshalb müssen wir die Grundwertsteuer unter allen Umständen in Reich und Ländern durchsetzen. Wir in Anhalt nehmen das Verdienst für uns in Anspruch, die Grundwertsteuer, wie sie sein muß, durchgeführt zu haben, (Sehr richtig!), gemessen nach dem gemeinen Wert, progressiv und unter Fortlassung der Besteuerung der Baulichkeiten, so daß der Staat Obereigentümer wird und der bisherige Eigentümer nur Untereigentümer bleibt.

Das ist ein Klassenkampf der Tat gegenüber dem Klassenkampf der Redensarten. (Sehr richtig!) Wir bekämpfen damit die Grundrentenparasiten, die überflüssigste Klasse in Deutschland. Wenn wir sie beseitigen, würden wir die Fürsten, Könige und Herzöge, überhaupt alle diejenigen, die die Deutschnationalen füttern, wahrhaft expropriieren. Wir können diesen Kampf mit Verbündeten führen, wenn wir uns für die Grundsteuer einsetzen, und würden dadurch den Sieg erringen. Neben uns kämpfen unter der persönlichen Führung Damaschkes die Bodenreformer, weil sie die Grundwertsteuer auf alle Länder ausdehnen möchten. Den Sachsen muß ich vorwerfen, daß sie bis heute noch keine Grundwertsteuer geschaffen haben. Seinerzeit drohten der Landbund und Minister Hermes gegen die Steuer Einspruch zu erheben. Da

haben wir nur einen Teil der Forderungen erhoben. Als Hilferding Reichsfinanzminister war, haben wir die Steuer durchgeführt. Hätten wir sie in allen Ländern, dann wären wir finanziell in viel besserer Situation. Unsere Grundbesitzer zahlen heute schon 20 mal soviel Grundsteuer wie vor dem Krieg, und wir hoffen, diese Summe noch zu erhöhen. Solange die Steuer nicht höher ist als die Pacht, kann die Landwirtschaft dabei existieren. Es ist aber viel besser, wenn die Einnahmen der Verpächter in die Staatskasse fließen.

Wenn Sie einen Klassenkampf gegen das Junkertum führen wollen, das uns am meisten gefährlich werden kann, dann führen Sie ihn für die Grundwertsteuer im ganzen Reich. Dann bekommen Sie auch die Basis für die Landverteilung, die wir brauchen. Dann müssen Sie auch das Gesetz machen, daß aller Grund und Boden nur an den Staat und die Gemeinden verkauft werden darf, dann können wir das Land an diejenigen verteilen, die es nötig haben. Jeder soll Grundbesitzer werden und seine Heimstätte haben, neben dem Großgrundbesitzer soll er als freier Mann dastehen. Wenn Sie diesen Kampf führen, dann bekommen Sie das ganze Volk auf Ihre Seite. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Wels: Es sind mindestens ein Duzend Schlufanträge eingelaufen. Da ich keinen Widerspruch höre, ist der Schluß der Diskussion eingetreten.

Jetzt hat Genosse Hilferding das Schlußwort.

Dr. Hilferding-Berlin: Die Ausführungen in der Debatte zur Agrarfrage zeigen, wie richtig der Antrag ist, das Thema Landwirtschaft und Sozialismus auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Allerdings muß die Sache gründlich vorbereitet werden. Die erfahrensten Theoretiker und Praktiker werden ausgehakt werden, um eine Grundlage für ein Aktionsprogramm einer sozialistischen Landwirtschaftspolitik aufzustellen. Ich glaube, daß Genosse Adolf Braun seinen Widerspruch zurückziehen sollte und möchte den Parteitag bitten, den Antrag Georg Schmidt anzunehmen.

Die Resolution des Genossen Levi bitte ich abzulehnen, weil sie gerade das Wesentliche einer Parteitageentscheidung verkennet. Levi hat gegen allgemeine Ausführungen vor mir polemisiert und gesagt, daß er sich gewisse Entwicklungstendenzen anders vorstellt. Ich habe mich gehütet, diese Tendenzen zur Grundlage einer Resolution zu machen, sondern habe vielmehr ganz bestimmte politische Ziele der auswärtigen und inneren Politik aufgestellt. Für die Erfüllung dieser Punkte fordern wir Sie auf, die Politik der Partei zu engagieren. Die Resolution Levi zeigt geradezu auffallend den Mangel an konkreten politischen Forderungen. Es wird von Ihnen verlangt, dem Weltbild, wie Levi und die andern Genossen es sehen, zuzustimmen. Meine Resolution ist die konkrete politische Stellungnahme, die andere soll ein Bekenntnis zu gewissen Zukunftsaussichten sein, wie Levi sie entwickelt hat. Die Resolution Levi ist keine politische Resolution, wie sie einem Parteitag unterbreitet werden sollte; denn sie ist nur eine Anschauungsresolution und zeigt nicht, wie wir die Politik konkret gestalten sollen. Jede politische Partei muß konkret Stellung nehmen. In den Motiven können wir sehr weitherzig sein, aber wir brauchen eine bestimmte Stellungnahme zu den offenen politischen Fragen. Ich bitte, die Resolution auch deshalb abzulehnen, weil sie viele Dinge sagt, die wir in dieser Form nicht unterschreiben können. Es wäre nicht zu verantworten, in diesem Augenblick, wo wir die Regierung auf die Linie u n s e r e r Außenpolitik gebracht haben, die Politik Deutschlands vor aller Welt zu distrebitieren.

Ich bin in Verlegenheit, wenn ich sagen soll, was Levi anders will als wir. Auch er jagt, daß wir das Gutachten annehmen müssen. Er meint, ich

hätte die Tendenzen anders gezeichnet als er sie sieht. Das ist kein politisches Thema für einen Parteitag, sondern eine Auseinandersetzung für eine wissenschaftliche Diskussion. Selbst wenn Levi Recht hätte und wenn ich die Situation zu optimistisch gezeichnet hätte, wären die politischen Schlussfolgerungen, die ich gezogen habe, um so dringender. Dann wäre es um so notwendiger, eine energische, unaufhörliche, aufbauende Friedensarbeit zur Sicherung gegen die gewaltsame Entwicklung, die Levi erwartet, zu leisten. Ich habe zeigen wollen, daß die Friedenspolitik, die wir machen müssen, zugleich eine Politik der Realität ist, nicht eine Politik der Utopie, weil sie in wichtigen ökonomischen Entwicklungstendenzen und in außerordentlich wichtigen staatlichen Machtinteressen begründet ist. Man kann die politische Entwicklung nicht bloß nach einem ökonomischen Schema konstruieren. Man muß die Umfegung der Dekonomie in staatliche Machtpolitik beachten, um die wirksamen Tendenzen herausarbeiten zu können. Es ist ein Fehler, wenn viele aus gewissen ökonomischen Tatsachen sofort alle machtpolitischen Folgerungen ziehen wollen. In dieser Beziehung hat Levi auch manche Irrtümer begangen, namentlich, wenn er uns davor warnt, daß wir die bolschewistische Umwälzung in Rußland nicht nur als einen Kommunistenputsch auffassen sollen. Wir haben immer betont, daß die Bedeutung der russischen Umwälzung in der bäuerlichen Revolution besteht.

Wenn Levi gemeint hat, daß das Zeitalter des russischen Imperialismus herannahen, das gefährlich werden würde für die pax britannica, den „angelsächsischen Frieden“, so will ich darüber mit ihm hier nicht streiten. Wenn man sich die soziale Struktur Rußlands mit den großen Bauernmassen ansieht, die heute vollständig erschöpft sind, dann glaube ich nicht, daß das Stadium eines russischen Imperialismus so nahe ist, daß ihm nicht vorgebeugt werden kann durch die Entwicklung der westlichen Politik, der westlichen Demokratie. Der Grundgedanke meiner Ausführungen war, daß Deutschland sich nicht durch reaktionäre Romantik an die Entwicklung des Ostens binden lassen darf, sondern einsieht, daß die Zukunft seiner Wirtschaft und Politik nur in enger Zusammenarbeit mit der westlichen Demokratie liegen kann.

Levi hat gemeint, meine Schilderung des englischen Friedenszustandes hätte ihn an die Schilderungen der Zeit der pax romana, des römischen Friedens, erinnert. Ich habe davor keine Angst. Es war die Zeit der höchsten Blüte, der höchsten Kulturreifung, es war die einzige Möglichkeit, unter den damaligen Bedingungen eine reichere Entwicklung der Kultur heraufzuführen. Dieser Zeitpunkt war für die Kulturentwicklung viel günstiger als der Zeitpunkt der Zerstörung Roms und der Völkerwanderung. So sehr wir heute das Erwachen der bisher „geschichtslosen“ Nationen begrüßen und den Fortschritt der asiatischen und afrikanischen Völkerschaften wünschen, würden wir es für gefährlich halten, wenn dieser Fortschritt Formen annehmen würde, die nicht mehr mit der Sicherheit und der Kultur des europäischen Westens und Europas überhaupt bestehen können. Die politischen Konsequenzen, die ich gezogen habe, bleiben bestehen und heißen: **Führung einer auswärtigen Politik, die uns gegen alle Gefahren einer gewaltsamen Entwicklung sichert.**

Genosse Edel hat gemeint, ich hätte mich einem besonderen Pessimismus hingegeben. Ich habe in all den schweren Zeiten immer wieder darauf hingewiesen, daß in der europäischen Arbeiterbewegung zwei Pfeiler feststehen: die englische und die deutsche Arbeiterbewegung. Allerdings habe ich betont, daß wir in den letzten 2 Jahren soziale Machtverschiebungen zumunften der Arbeiterklasse zu verzeichnen gehabt haben und daher nicht eine Politik treiben können, die darauf keine Rücksicht nimmt, weil das die Gefahr schwerer Niederlagen mit sich bringen würde. Wenn Edel wieder dieses mir so verhasste

Wort gesprochen hat, daß eine Niederlage besser sei als ein ruhmloses Zurückweichen, dann sage ich nein! Die Parteiführung ist gewissenlos, die bemüht eine Politik treibt, die zu einer Niederlage führt. (Sehr richtig!) Es ist nicht wahr, daß das Zurückweichen auf die Dauer denselben Schaden anrichtet wie eine große Niederlage. Man kann einmal auch zurückweichen, wenn die Verhältnisse es erfordern; dann kann man in einer kurzen Zeit wieder zur Offensive übergehen. Nach einer schweren Niederlage aber kann es Jahrzehnte dauern, bis die Arbeiterbewegung wieder erkräftet.

Genosse Edel hat es so dargestellt, als wäre die Sozialdemokratische Partei für den Einmarsch der Reichswehr in Sachsen verantwortlich. Wie sollen wir denn unsere politischen Kämpfe führen, wenn solche unsinnigen Behauptungen aufgestellt werden? (Sehr richtig!) Es ist schon oft gesagt worden, daß dieser Einmarsch gegen unsern Willen und Protest erfolgt ist. Wir haben sofort die Konsequenzen gezogen und sind aus der Regierung herausgegangen, haben auch einen Mißtrauensantrag gegen diese Regierung zur Annahme gebracht. Trotzdem wird noch immer behauptet, daß wir an dem Einmarsch schuld seien. Das geschieht nur, damit Sie in Ihren Mitgliederversammlungen den nötigen Beifall haben. Wir sollten endlich mit diesen alten Vorwürfen abschließen, denn es handelt sich um die Gesetzgebung der Zukunft und die Führung der Kämpfe um die Lastenverteilung. (Sehr richtig!)

Wenn ich davon gesprochen habe, daß man immer in Führung mit den Massen bleiben muß, so heißt das nicht, allen Masseninstinkten folgen und das immer tun, was den Beifall der Massen findet, sondern das, was den wirklichen Interessen der Massen entspricht. (Sehr richtig!) Wollen Sie denn Ihre ganze Vergangenheit verleugnen? Haben Sie bei Ausbruch des Krieges nicht auch etwas getan, was gegen die Massenstimmung gewesen ist, und Ihren Stolz darein gesetzt, diejenigen zu sein, die das dauernde Interesse der Massen besser begreifen? Es heißt das Wesen des Sozialismus verleugnen, wenn man sagt, daß der Sozialismus keine andere Politik zu treiben hätte als die, die augenblicklich irgendeiner Massenstimmung entspricht. Wir sind andererseits durchaus nicht in der Notwendigkeit, uns vorhalten zu lassen, daß wir an den Klassenkampf denken sollten. Breitscheid hat schon gesagt, daß diese Phrase für jeden Marxisten unerträglich wird. In einer Zeit, wo die Klassenkämpfe so gewaltig sind, bedürfen wir wirklich nicht erst der Aufforderung, uns sozusagen immer erst einen Knoten ins Taschentuch zu machen, damit wir nicht den Klassenkampf vergessen! Nach rechts muß ich sagen: Wir können keine Politik treiben, die nicht den Massen verständlich gemacht werden kann. Aber andererseits ist es Aufgabe der Funktionäre, das, was die Partei tut, den Massen näher zu bringen und nicht sich billige Lorbeeren durch Schimpfen auf die Parteiführung zu erwerben.

Eine Reihe von Dingen, die über den Reichstagswahlkampf gesagt sind, brauche ich nicht zu widerlegen, weil sie bereits früher ihre Erledigung gefunden haben. Es ist klar, daß neben allgemeinen Erscheinungen gewisse Fehler mitverantwortlich sind. Es sind Schiedsprüche gefallen, die besser die Unterschrift eines Sozialdemokraten nicht gefunden hätten. Aber das allein erklärt nicht das Wahlergebnis und kann nicht dafür verantwortlich gemacht werden, was tatsächlich eine historische Notwendigkeit war, weil wir den Wahlkampf beim Zusammentreffen einer Reihe von Umständen führen mußten, die uns widrig waren, während gewisse Erfolge unserer Politik, die bestimmt kommen werden, sich noch nicht haben geltend machen lassen. Ich halte es für eine politische Kinderei, von einer „vernichtenden“ Niederlage zu sprechen. (Sehr richtig!) Wer fühlt sich denn vernichtet? Wie kann man sagen, daß die Sozialdemokratie vernichtet ist, weil wir 76 Mandate verloren haben?

Wir wissen, daß hinter den 173 Mandaten nicht mehr die alte Wählerzahl stand. Wir haben in einer ungünstigeren Situation gekämpft, als sie uns jemals beschieden war. Wir haben uns trotzdem behauptet und unsere Armee im Kern intakt und schlagfertig aus dem Kampf herausgebracht. Sie ist bereit, aufs Neue zu schlagen, je früher, desto besser! (Stürmischer Beifall)

Dann einige Worte über das Gutachten. Ich muß schon sagen: von all den Argumenten für die Annahme des Gutachtens habe ich das des Genossen Levi am wenigsten verstanden. Er sagte — und das ist doch das reine Moralisieren — wir sollen für die Annahme des Gutachtens stimmen, weil wir damit die Bourgeoisie für ihre Kriegsschuld bestrafen. Es ist wirklich eine sehr falsche Auffassung, wenn man meint, daß irgendwie die Gestaltung des Friedensvertrages auch nur im geringsten etwas mit irgendeiner Moral der Welt zu tun hat. (Sehr richtig!) Das waren politische Machtentscheidungen. Ebenso sage ich: wir können gar nicht im Interesse des Proletariats uns etwa auf den Standpunkt stellen, das Gutachten anzunehmen, um unsere Bourgeoisie zu bestrafen. Die Annahme des Gutachtens bedeutet im Jahre der Vollerfüllung, daß aus dem gesellschaftlichen Produkt der deutschen Wirtschaft 2,5 Milliarden herausgenommen werden. Das ist keine „Strafe“ für die Bourgeoisie allein. Wir müssen dem Proletariat ganz offen die Wahrheit sagen. Sie können Steuern machen, welche Sie wollen, diese 2,5 Milliarden werden doch zum Teil auch vom Proletariat aufgebracht werden; sie können nur erzeugt werden aus der Produktionskraft der Wirtschaft überhaupt. (Sehr wahr!) Das wirkliche Argument ist folgendes. Die Nachteile des Gutachtens werden weitaus überwogen durch die Vorteile des Friedens, der Sicherheit und der Möglichkeit des wirtschaftlichen Aufbaues. Das ist ein ganz realistisch Grund. Wir brauchen keine moralischen Vorwände bei dieser ganzen Betrachtung. Moralisch bei dieser Betrachtung ist nur der sozialistische Standpunkt, der Standpunkt der sozialistischen Internationale, die immer wieder erklärt hat: die Verwüstungen des Krieges müssen gutgemacht werden, sie können nicht einem einzelnen Lande auferteilt werden. Das ist die sozialistische Moral; aber das hat mit der Frage der Annahme des Gutachtens sehr wenig zu tun. —

Ebenso muß ich die andere Behauptung des Genossen Levi bestreiten, daß die Steuerfrage die wesentliche Frage für die kulturelle Stellung der arbeitenden Massen sei. Ich bin dafür, daß wir den Steuerkampf mit aller Entschiedenheit durchführen. Ich habe gesagt, daß das Verhältnis der Massenbelastung zur Befähigung ungünstig ist. Im Gutachten selbst haben wir eine ganze Anzahl von Momenten, die in unserem Kampfe geltend gemacht werden müssen. Auch im Gutachten wird darauf hingewiesen, daß die Einkommensteuer zu hoch, daß die Vermögensverteilung infolge der Inflation in Deutschland ungerechter geworden ist als in irgendeinem andern Lande. Es wird darauf verwiesen, daß die Steuerpolitik die Aufgabe haben müsse, diese Gewinne der neuen Reichen zu erfassen. In dieser Richtung wollen wir arbeiten. Aber wir wollen auf der andern Seite diese Dinge auch nicht übertreiben. Eine Lohnerhöhung, die Festhaltung des Achtstundentages, der Kampf gegen die Lebensmittelzölle sind für die kulturelle Hebung der Arbeiterschaft wichtiger als die eine oder andere Steuererhebung. Das muß gesagt werden, weil wir sonst in die Gefahr kommen, unseren ganzen Kampf herabzuziehen in die Niederungen eines reinen Interessentkampfes. Wir sind, was immer wieder betont werden muß, keine Interessentpartei wie die andern Parteien. (Sehr richtig!) Wir sind nicht nur eine Partei der unmittelbaren materiellen Interessen der Arbeiterklasse. (Sehr wahr!) Wir sind die Partei, die berufen ist, zum Neuaufbau der Gesellschaft, deren Ziel zusammenfällt mit dem großen dauernden Interesse der Sozialdemokratie überhaupt und damit dem Interesse aller derer, die nicht unmittelbar

am Kapitalertrag beteiligt sind. Diese Idee gegenüber den Verwüstungen des Krieges wieder geltend zu machen, ist unsere Aufgabe. Deshalb dürfen wir den rein materiellen Kampf nicht bis ins Ungemessene übertreiben. (Bravo!)

Zum Schluß lassen Sie mich noch folgendes sagen: Möge von diesem Parteitage die Erkenntnis ausgehen, daß die hinter uns liegende Periode eine Zeit ungeheuer schwieriger Kämpfe gewesen ist, daß aber die vor uns liegende Periode aussichtsreicher für uns sein, daß die politischen Probleme wahrscheinlich klarer sein werden. Deshalb möchte ich, daß dieser Parteitag endlich Schluß macht mit allem, was hinter uns liegt, daß er uns hilft im Kampfe für die Zukunft, indem Sie hinausgehen und die Arbeiter aufrufen zum Selbstvertrauen und zum Vertrauen in dem Fortschritt des Sozialismus, zum Vertrauen auf ihre Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall!)

Dr. Levi-Berlin (persönliche Bemerkung): Ich kann im Rahmen einer persönlichen Bemerkung selbstverständlich nicht auf eine ganze Reihe von Mißdeutungen antworten, die unterlaufen sind. Die Genossen Hilferding und Breitscheid haben anerkannt, daß diese Deutungen nur deshalb möglich gewesen wären, weil ich nicht jusqu'au bout hätte reden können. Genosse Breitscheid hat es für angemessen gehalten, zu sagen, ich sei meine Rede losgeworden und sei dann weggelaufen. Ich kann aber sagen, daß die Pflichten, die mich abgehalten haben hier anwesend zu sein, ganz bestimmt dringender gewesen sind, als die, die gestern den Genossen Breitscheid abgehalten haben, an der Abstimmung hier teilzunehmen. (Rufe: Oh! — Unruhe.)

Vorsitzender Wels: Ich muß dazu erklären, daß ich die letztere Bemerkung für absolut ungebührig halte. Ich weise sie deshalb zurück. Genosse Breitscheid ist im Einverständnis und sogar im Auftrage des Parteivorstandes und Fraktionsvorstandes abwesend gewesen.

Ein Antrag, die Rede Hilferdings als Broschüre herauszugeben, wird einstimmig unter großem Beifall angenommen.

Der Antrag 253 wird gleichfalls einstimmig angenommen.

Die Resolution Hilferdings unter Nr. 252 wird mit großer Mehrheit angenommen. Die Resolution Sender und Genossen unter Nr. 254 wird abgelehnt.

Die von Löbe begründete Resolution zur Bildungsfrage findet die einstimmige Zustimmung des Parteitages, desgleichen die Resolution Wachenheim und Genossen unter Nr. 250.

Zum Bericht der Mandatsprüfungskommission und der Beschwerdekommision erhält dann das Wort Dr. Eckstein-Breslau.

Dr. Eckstein-Breslau: Die Parteivorstandswahl hat folgendes Ergebnis gehabt. Es wurden abgegeben 376 Stimmen. Davon waren ungültig 14 Stimmen. Es bleiben an gültigen Stimmen 362. Nach § 17 des gestern angenommenen neuen Statuts ist für die Wahl zu den Parteivorstandsdämtern die absolute Mehrheit notwendig. Diese beträgt 182. Es haben erhalten als Vorsitzende Genosse Müller 340, Genosse Wels 264 Stimmen, Genosse Crispian 214 Stimmen, als Kassierer Genosse Bartels 313, Genosse Ludwig 300 Stimmen. Als Sekretäre sind gewählt Mollenbuhr mit 351 Stimmen, Genossin Juchacz mit 306 Stimmen, Genosse Stellung mit 305 Stimmen, Genosse Dr. Adolf Braun mit 301 Stimmen, Dittmann mit 300 Stimmen. Bei der Wahl der Beisitzer sind abgegeben worden für die Genossin Nemitz 284 Stimmen, für Dr. Moses 269, Fischer 263, Hildenbrand 257, Schulz 256, Hilferding 253, Rynek 225, Frank 225, Stahl 201 Stimmen. Die bisher Genannten sind damit gewählt. Außerdem haben erhalten Aufhäuser 141, Rüntler 129, Strübel 126, Mathilde

Burm 102, Dr. Levi 99, Otto Meier 89, Krille 80 und Litte 78 Stimmen. Zerplittert waren 3 Stimmen.

Bei der Wahl der Kontrollkommission sind abgegeben worden 373 Stimmen. Davon waren ungültig 16 Stimmen, so daß 357 gültige Stimmen übriggeblieben sind. Die absolute Mehrheit beträgt 179. Es haben erhalten Köbe 339 Stimmen, Brühne 275, Bok 258, Brey 258, Hengsbach 242, Hermann Müller-Lichtenberg 241, Treu 225, Schönfelder 224 und die Genossin Agnes 217 Stimmen. Die bisher von mir Genannten sind damit als Mitglieder der Kontrollkommission gewählt. Außerdem haben erhalten Karsten 136, Wengels 125, Fleißner 118, Donatius 110, Liebmann 108, Theil 91, Hoffmann 83, Thurm 77 Stimmen.

Ich habe Ihnen außerdem den Beschwerdefall Honrath vorzutragen. Der Fall Honrath beschäftigt die Partei bereits seit dem Jahre 1918 und ist auch bereits einmal auf einem Parteitag, nämlich dem der SPD. zu Kassel im Jahre 1920, behandelt worden. In Kassel wurde gegen Honrath auf eine Rüge erkannt, weil er gegen den Willen der Parteiorganisation des Rheinlandes mit den französischen Generalen in Verbindung getreten war und, ohne dazu berechtigt zu sein, im Namen der Partei Erklärungen gegenüber der Befehlsbehörde abgegeben hat. Später ist gegen ihn wegen anderer Dinge ein Ausschlußverfahren eingeleitet worden. Er trat aus der SPD. aus und zur USPD. über. Auch dort wurde ein Ausschlußverfahren gegen ihn eröffnet, das dann durch die Einigung unter den Tisch fiel. Bei dem Falle, der uns heute beschäftigt, handelt es sich um folgendes: Die Aachener Parteigenossen hatten beschlossen, den Genossen Pascher zum Amt des Beigeordneten der Stadt Aachen vorzuschlagen. Die Parteiorganisation und die Stadtverordnetenfraktion hatten diesen Beschluß gefaßt. Pascher wurde auch von der Stadtverordnetenversammlung zum Beigeordneten gewählt. Honrath hatte sich vorher in den Besprechungen innerhalb der Fraktion und der Parteiorganisation gegen Pascher gewandt. Er hatte gegen Pascher irgendwelche Bedenken; diese Bedenken waren nicht als stichhaltig anerkannt worden. Nachdem auf Vorschlag der Stadtverordnetenfraktion Pascher bereits gewählt war, schrieb am 22. Januar 1923 Honrath einen Brief an das Regierungspräsidium in Aachen — der Regierungspräsident ist, wie ich bemerken möchte, ein Zentrumsmann — und bat in diesem Brief die Regierung, den von der Parteigenossenschaft vorgeschlagenen Kandidaten als Beigeordneten nicht zu bestätigen. (Hört, hört!) Er schrieb in diesem Briefe unter anderem folgendes:

Vordem, als die Partei in Opposition stand und keine amtliche Futterstelle zu vergeben hatte, (erträufelte Kufe: Psui!)

konnte ein wortbrüchiger Redakteur keine Stunde mehr im Amt bleiben. Wer Stellung und Amt mißbraucht, und sich Vorteile zu verschaffen, wie Pascher es in dieser Bauangelegenheit getan, wäre mit Schimpf und Schande davongemiesen worden. Wer den Schutz der weiblichen Jugend öffentlich predigt und gleichzeitig sich an Untergebenen vergeht, den hätten die Frauen der Parteigenossen auf den Trab gebracht. Heute aber muß man einen Kampf dagegen führen und die Hilfe der bürgerlichen Gewalt anrufen, damit das öffentliche Leben nicht durch Menschen verunreinigt wird, die sich dabei noch brüsten können, namens der Sozialdemokratie in Amt und Würden gekommen zu sein.

Gegen den Schluß des Briefes kündigt er der Regierung an, daß er ihr über die weiteren Verhandlungen zu diesem Falle, die innerhalb der Parteiorganisation gepflogen werden würden, noch Bescheid sagen würde. Einige Tage später fand tatsächlich eine Versammlung der Organisation statt, die sich

mit diesem Falle beschäftigte, und einen Tag darauf war die Regierung in Aachen wieder im Besitz eines Briefes, in dem brühhwarm alle Intima geschildert wurden, die sich in dieser Sitzung zugetragen hatten. Die Aachener Parteiorganisation brachte darauf ein Ausschlußverfahren gegen Honrath in Gang. Der Bezirksvorstand erkannte auf Ausschluß. Hiergegen hat Honrath Beschwerde eingelegt. Der Parteivorstand hat ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Genossen Beyers eingesetzt. Dieses Schiedsgericht hat den Ausschluß nicht bestätigt, es hat, wie es hier heißt, den Beschluß erster Instanz aufgehoben und gegen Honrath nur auf eine Rüge erkannt, ihm aber auf die Dauer von zwei Jahren das Recht aberkannt, Vertrauensämter in der Partei zu bekleiden. Gegen dieses Schiedsgerichtsurteil haben sowohl die Aachener Parteiorganisation wie Honrath Berufung eingelegt. Honrath verlangt Freispruch vom Parteitag, die Aachener Parteiorganisation will, daß der Parteitag Honrath aus der Partei ausschließt. Die Kommission hat sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß ein Mann, der die Hilfe bürgerlicher Gewalten, die Hilfe von Behörden, von bürgerlichen Parteien und die Hilfe der bürgerlichen Presse gegen Beschlüsse der Parteiorganisation anruft, nicht Mitglied der Parteiorganisation sein kann. (Lebhafte Zustimmung.) Namens der Kommission schlage ich Ihnen daher vor, das Schiedsgerichtsurteil aufzuheben und Honrath aus der Partei auszuschließen. (Bravo!)

Der Antrag der Kommission auf Ausschluß des Genossen Honrath aus der Partei wird darauf einstimmig angenommen.

Vorsitzender Bels: Nach dem Bericht des Vorsitzenden der Mandatprüfungskommission ist die Kontrollkommission sofort zusammengetreten, hat sich konstituiert und die Genossen Brühne-Frankfurt a. M. zum Vorsitzenden, Bok zum Stellvertreter gewählt. Bereits im verfloffenen Jahre waren es 25 Jahre, daß der Genosse Brühne der Kontrollkommission angehört. So früh schon wurde er mit diesem Amt, das eines der höchsten Ehrenämter der Partei ist, betraut. Er hat in der ganzen Zeit das Vertrauen der Partei gerechtfertigt, und wenn ich von dieser Stelle aus ihm unsere Gratulation zu seinem Jubiläum ausspreche, glaube ich, daß ich im Auftrage und im Sinne des ganzen Parteitages handle. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir kommen jetzt zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Es handelt sich um die Anträge 233, den nächsten Parteitag in Breslau stattfinden zu lassen, und um den Antrag 234, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: Nation und Internationale.

Clara Zils-Breslau: Ich habe Sie im Auftrage der Breslauer Parteiorganisation zu bitten, zu beschließen, daß der nächstjährige Parteitag in Breslau stattfindet. Im nächsten Jahre feiern wir den 100. Geburtstag Ferdinand Lassalles, dessen Geburtsstadt Breslau ist, und im nächsten Jahre sind es 30 Jahre her, seit auf dem Breslauer Parteitage die erste Debatte über ein Agrarprogramm stattfand. (Seiterteil.) Wir haben die Hoffnung, daß im nächsten Jahr entsprechend dem heute angenommenen Antrag über die Agrarfrage eine Entscheidung herbeigeführt werden kann. Ich bitte Sie, unsern Antrage zuzustimmen.

Der Antrag wird auf Vorschlag des Vorsitzenden dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß überwiesen.

Der Antrag Köln unter Nr. 234 wird gleichfalls dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß überwiesen.